

Volkswacht

Anzeigenpreis:
Die 6spaltige Zeitzeile 30 Hg.
für auswärts 35 Hg., die 2spaltige
Kellameile 1 Hg., die 1spaltige
Werbungs- und Wohnungsanzeigen
10 Hg. Anzeigen mit Nachbestimmung
werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Die Volkswacht erscheint wöchentlich
einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Hg.
vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich
Trägerlohn. In den Abholstellen
monatlich 40 Hg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,25 Mk.
ausschließlich Bestellgeld Einzelnummer
10 Hg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 22 Danzig, Sonnabend den 1. Juni 1918 9. Jahrgang

Der bröckelnde Frieden

Neue Verhandlungen mit Rußland?

Zwischen einem Krieg, der nicht sterben, und einem Frieden, der nicht leben kann, verbringt das deutsche Volk unruhige Tage. Der Reichskanzler hat im Mai die Hoffnung ausgesprochen, daß der Krieg noch in diesem Jahre zu Ende gehen werde. Er hat sich deshalb selber einen Optimisten genannt. Optimist ist also heute schon, wer hofft, daß das Völkergemisch nur noch sieben Monate dauern wird. Herr v. Kühlmann aber hat dieser Hoffnung gleich wieder einen Dämpfer aufgesetzt, indem er in seinem Vortrag über den Frieden von Bukarest die Möglichkeit in Erwägung zog, daß der Krieg auch noch im nächsten Jahre fortdauern könnte.

Mit Jubel hat das deutsche Volk im Februar die Nachricht begrüßt, daß im Osten Frieden geschlossen werden sollte. Was ist aus dieser Freude geworden? Der „Brotfrieden“ mit der Ukraine wurde durch eine neue Kürzung der Brotration bekräftigt. Denen, die als Sieger — nicht aus Rußland heimkehrten, sondern entweder vorrückten oder durch Deutschland in einen neuen Krieg zogen, wurde die Kunde, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt sei. Daß Deutschland in den Kampf gegen den Faschismus gezogen war, hatte man als Vorzeichen zur Befreiung Europas begrüßt. Heute regiert in der Ukraine Storopadski, in Preußen noch immer Hehdebrand, während man für andere „befreite“ Staaten nach neuen Kronenträgern Umschau hält.

Dieser Frieden, der keiner ist, hat auch im Innern Unfrieden gebracht. Man kämpft für und gegen polnische Anwerbungen. Die Vorgänge in der Ukraine haben im Hauptausmaß des Reichstages zu einer Art Vorkrieg geführt, die nur durch die Rücktrittsdrohung der leitenden Männer bis auf weiteres bewahrt wurde. Ueber die Zukunft Ostlands und Livlands tobt in der Presse der heftigste Streit.

In dieser Lage hat die russische Regierung der deutschen den Vorschlag gemacht, zur Klärung wichtiger, im Friedensvertrag von Brest-Litowsk offengebliebener Fragen zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Als Verhandlungsort schlägt sie Moskau vor. Wahrscheinlich um zu zeigen, daß sie sich in dieser alten und wieder neuen Hauptstadt Groß-Rußlands zu Hause und sicher fühlt. Die sechs Punkte, die sie als Verhandlungsgegenstand vorschlägt, sind so gewählt, daß man von keinem sagen kann, daß er weiterer Klärung nicht bedürftig wäre. Es sind ebensoviele offene Wunden wie offene Fragen, ohne deren Lösung und Heilung der trankte Frieden des Ostens nicht gesund werden kann. Die deutsche Regierung sollte die ihr gebotene Gelegenheit mit Freuden ergreifen und sie zu dem Versuch ausnützen, im Osten wirklich Frieden zu machen.

Bei diesem Versuch wird man sich darüber nicht täuschen dürfen, daß die Konferenz Einladung der russischen Regierung ebenso wie die Äußerung des Botschafters Joffe zur baltischen Frage Äußerung eines miedererwachenden Selbstbewußtseins ist. Wir sehen, um dies gleich zu sagen, keine Gefahr und keinen Schaden darin, daß die bolschewistische Regierung Rußlands sich anschickt, die Zukunft des ihr anvertrauten Landes in realpolitischem Sinne sicherzustellen. Denn der Gedanke, Rußland so zu schwächen, daß es für alle Zeit aufhört, eine Gefahr zu sein, ist eine große Selbsttäuschung. Politisch klug ist nur, ein lebensfähiges Rußland neben ein lebensfähiges Deutschland zu stellen und beide zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden.

Das Wiedererwachen des russischen Selbstbewußtseins hat aber, das möge man nicht verkennen, seine sehr ernsten Gründe. Vor zwei Monaten noch war Rußland ein kriegsführender Staat, der am Ende seiner Kraft angelangt war. Heute ist es ein neutraler Staat, und es beginnt langsam den Vorkrieg der Neutralität zu gemessen, der darin besteht, daß sich beide kriegsführenden Lager um die Sympathie des nichtbeteiligten Dritten bewerben. Wir aber tragen gegenüber dem neutralen Rußland den Nachteil jedes kriegsführenden Staates, daß wir nämlich seine Freundschaft ebenso lebhaft begehren, wie wir bestrebt sein müssen, kein Abschwanken in das Lager der Gegner zu verhindern.

Das Verhältnis der Kriegsführenden zu den Neutralen in diesem Kriege ist sehr eigenartig. Es schwankt zwischen kriegerischer Schmeichelei, zu der sich schon mancher Großstaat vor dem Kleinsten hat erniedern müssen, und verzweifelter Brutalität. Wie das Ertönen beginnt es mit lockenden Versprechungen, die gelegentlich in die Drohung umschlagen: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“

Mit dem einst kriegerischen, jetzt neutralen Rußland steht es aber so, daß wir die Mittel der Gewalt ihm gegenüber

schon erschöpft haben. Der Gedanke, daß der Kriegszustand mit Rußland wieder aufleben könnte, ist für das deutsche Volk eine seelische Unmöglichkeit. Der Wunsch, wenigstens mit einem Teil der Weltkriegsgegner in ein dauerndes tragfähiges Friedensverhältnis zu gelangen, entspringt einem brennenden Bedürfnis.

Inzwischen fängt aber Rußland wieder an, eine Hoffnung der Entente zu werden. Vergessen sind die Bannstüche gegen die Regierung des Umsturzes und des Staatsbankrotts. Keine Rede ist mehr von militärischen Interventionen. Japan wird zurückgepfiffen, den Russen wird bedingungslos Hilfe und Zufuhr versprochen.

Es ist klug von den Gegnern, daß sie in Rußland eine nur im Augenblick getäuschte, aber immer noch vorhandene Kraft erblicken. Es wäre sehr unklug, wenn wir in Rußland weiter nichts sehen wollten als ein Häuflein sich immer weiter auflösender Ohnmacht. Gute Nachrichten, die wir alle willkommen heißen, dürfen die deutsche Politik nicht zu Uebermut verleiten. Schon so oft hat man sich über die politische Tragweite solcher Nachrichten getäuscht. Zu sehr hat man sich von Augenblicksbildern und Stimmungen beeinflussen lassen. Letzten Endes wird doch der gewinnen, der am weitesten sieht. Politische Weisheit verlangt von uns, daß wir Rußland, unter welcher Regierung und in welchem Zustand es sich augenblicklich immer befinden mag, als einen dauernden Faktor der europäischen Politik betrachten, den in Frieden, wenn schon nicht in Freundschaft zu erhalten, unser eigenes Interesse gebietet. Den Frieden, den wir im Osten wollen, haben wir noch nicht; wenn sich ein Weg bietet, ihn zu erlangen, soll man nicht zögern, ihn zu beschreiten! (W. 144)

Rußland gegen die Losreißung Ostlands und Livlands

Berlin, 27. Mai. Der russische Botschafter in Berlin, Joffe, hat, wie der Berliner Mitarbeiter des „Neuen Wiener Journals“ erfährt, gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn Dr. von Kühlmann, folgende Note überreicht:

Indem ich Euer Exzellenz den Eingang der Note Euer Exzellenz und der ihr beigefügten Anlagen bestätige, die die Erklärung der Vertreter der estländischen und livländischen Ritterschaft und die Unabhängigkeitserklärung Ostlands und Livlands enthalten, beehre ich mich Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich nicht in der Lage war, von den bei mir erschienenen drei Vertretern der estländischen und livländischen Ritterschaft das Schriftstück anzunehmen, das beantragte, eine Unabhängigkeitserklärung Ostlands und Livlands anzufügen. Das mußte ich vermeiden, da die Entgegennahme als eine Anerkennung einer solchen Unabhängigkeit durch die Regierung der russischen sozial-föderativen Sowjet-Republik ausgelegt werden könnte. Indessen beehrte ich mich schon in meiner Note vom 24. April in voller Uebereinstimmung mit dem Brest-Friedensvertrag im Namen meiner Regierung entschiedenen Einspruch dagegen zu erheben, daß eine Entscheidung über das Schicksal Ostlands und Livlands auf irgendwelchem Wege ohne eine vorhergehende Einvernahme mit der Arbeiter- und Bauern-Regierung angebahnt werden sollte. Daran habe ich den Hinweis geknüpft, daß meine Regierung, die jedem Volke das uneingeschränkte Recht zur freien Selbstbestimmung zuerkennt, niemals die Entschädigung einer kleinen Gruppe von Personen als eine Willensentbehrung eines ganzen Volkes anerkennen würde. Das von mir in dieser Note Auseinandergesetzte gab ich mit einer dahingehenden Erklärung, daß die Vertreter der estländischen und

livländischen Ritterschaft, die mir das Schriftstück angeboten haben, durchaus nicht das Recht geltend machen konnten, im Namen des ganzen estländischen und livländischen Volkes zu sprechen, was ich im Nachstehenden mit einigen Gründen belege.

1. Es haben einige Mitglieder der estländischen und livländischen Delegationen, die sich nach Berlin begaben, die formelle Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht für berechtigt hielten, im Namen ihres Volkes zu sprechen, da sie von niemand erwählt, vielmehr von den Behörden ernannt worden seien.

2. Aus der Gesamtzahl von 21 Gemeindefunktionen, die in dem am 22. April in Riga zusammengetretenen Landesrat die bäuerliche Bevölkerung vertraten, haben 18 die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie nicht befugt sind, im Namen des estländischen Volkes zu sprechen und haben seltliche Verwahrung gegen ein solches Verfahren bei der Entscheidung über das Schicksal ihres Landes eingelegt.

3. Tausende von Bürgern und die livländischen und estländischen Bezirke von Estland und Livland haben offenen Einspruch gegen die künstliche und erzwungene Loslösung dieser Gebiete von Rußland erhoben.

Daher kann das von Euer Exzellenz überlieferte Schriftstück nur als Kundgebung eines kleinen Teils der Bevölkerung von Estland und Livland, und zwar als der Oberschicht der Ritterschaft, angesehen werden. Unter voller Wahrung des im Vorstehenden dargelegten Standpunktes übermittle ich die mir von Euer Exzellenz überlieferten Schriftstücke meiner Regierung in Moskau.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euer Exzellenz den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung zu geben.

Welche Kräfte am Werke sind, um die deutsche Regierung zum offenkundigen Bruch des Friedensvertrages zu verleiten, — sagt der „Vorwärts“ — geht u. a. aus einem Artikel des „vaterlandsparteilichen“ „Berliner Lokalanzeigers“ hervor, in dem unter heftiger Polemik gegen den „Vorwärts“ ausgeführt wird:

Das entscheidende Gesetz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Rußland am 3. November 1917 proklamiert hat, führt eine Anzahl von Richtlinien auf, die der Rat der Volkstammräte für seine Tätigkeit in der Nationalitätenfrage festgelegt hat. Von diesen lautet Punkt 2 einfach und klar: „Selbstbestimmungsrecht der Völker Rußlands mit Einschluß des Rechtes der Loslösung und der Begründung eines unabhängigen Staates.“ Dieses Recht ist durch keinerlei Bedingung eingeschränkt, und es wäre ein juristisches Unbild, nun nachträglich Bedingungen für die Loslösung zu konstruieren. Ja, selbst einer Zustimmung russischerseits bedarf es nicht einmal. Denn, wie hier schon früher ausgeführt wurde, was wäre das wohl für ein „Recht“, dessen Wahrnehmung von einem Dritten beliebig gutgeheißen oder auch bestritten werden könnte?

Im Falle Livland und Estland ist von diesem Recht ordnungsgemäß und in aller Form Gebrauch gemacht worden. Die Loslösung ist rechtmäßig „vollzogen“, und es steht uns in Deutschland wohl am wenigsten an, diese unbestreitbare Tatsache aus gänzlich unerfindlichen Gründen in Frage zu stellen.

Die deutsche Politik würde sich vor aller Welt beschämen, wenn sie von solchen Winkeladvokatenriffen Gebrauch machen wollte. Was Rußland am 3. November 1917 proklamiert hat, ist eine innere Angelegenheit Rußlands, die uns nichts angeht. Und außerdem ist es geradezu toll zu behaupten, das revolutionäre Rußland habe der deutschen Regierung und den 5 Prozent baltischen Deutschen ein Verfügungsrecht über Estland und Livland eingeräumt. Gleichviel die russische Proklamation geht uns gar nichts an. Desto mehr geht uns aber der Friedensvertrag an, den wir mit Rußland und Livland haben und der die Oberhoheit Rußlands über Estland und Livland anerkennt. Wenn heute der Plan propagiert wird, den eben erst geschlossenen Friedensvertrag zu brechen, so werden wir uns nicht hindern lassen, einen solchen Versuch gegen Treu und Glauben im Völkerverkehr als das zu kennzeichnen, was er ist, nämlich als etwas, was das deutsche Volk um seiner Ehre und Ehrlichkeit willen ablehnen muß.

Ablenkungsmanöver

Von Philipp Scheidemann, M. d. R.

Die Presseheke gegen den Abgeordneten Erzberger hat im Laufe weniger Wochen eine Festigkeit angenommen, die selbst begüßeltigere Menschen erkennen lassen müßte, daß es sich da um mehr handelt, als um die Person des Herrn Erzberger. Durch das alldeutsch-vaterländische Spektakelstück soll alle Aufmerksamkeit derart auf Herrn Erzberger gelenkt werden, daß der deutsche Michel weder an Friedensmöglichkeiten, noch an Brottraktionsverfälschung oder gar an das preussische Wahlrecht denkt — ganz zu schweigen von den Vorgängen in Livland, Estland, Kurland, Litauen, Polen, Ukraine und anderen wichtigen Fragen.

Ein überraschendes Ergebnis des Lamentens der Alldeutschen ist die für das Zentrum beschämende Tatsache, daß doch eine erhebliche Anzahl zentrumparteilicher Blätter auf den plumpen Schwindel hineingefallen sind und sehr unchristlich ihr „Kreuzige! Kreuzige!“ geschrien haben.

Uns interessiert natürlich weniger die Person des Herrn Erzberger, dessen Wertanschlag von der unserigen verschieden ist; uns interessiert aber alles das, was durch den

alldeutschen Spud verschleiert und — wenigstens vorläufig — von der Tagesordnung abgeseht werden soll.

Die große Sünde des Abg. Erzberger besteht darin, daß er sich im Sommer 1917 in der Friedensfrage offen zu dem bekannte, was die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages seit Anfang des Krieges über die Friedensmöglichkeiten und Friedensverpflichtungen gelagt hat. Für die sozialdemokratische Fraktion handelte es sich bei ihrer Friedenspolitik um grundsätzliche Auffassungen. Von Herrn Erzberger darf man wohl, ohne ihm unrecht zu tun, sagen, daß seine Stellungnahme bestimmt wurde durch das Ergebnis der von ihm angestellten sehr sorgfamen Berechnungen und Erwägungen.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzliche Gegner des Krieges, wir sind überzeugt, daß ein dauernder Frieden nur möglich ist, wenn dieser Krieg beendet wird auf Grund einer Verständigung und einer dadurch ermöglichten dauernden Verständigung der Völker.

Herr Erzberger ging von der Ueberzeugung aus, daß die Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung bestimmter all-

ausgehender Vorkämpfer dem verunglückten Mann sein, der große Opfer aufbringen würde, daß die Fortsetzung des Krieges nicht zu verantworten sei, wenn man eine Verständigung herbeiführen vermöge.

Es kommt uns jetzt nicht darauf an, die Verantwortlichkeit der Gründe zu betonen; wir wollen aber feststellen, daß schließlich die große Mehrheit des Deutschen Reichstags sich am 19. Juli 1917 auf eine Resolution einigte, in der die Bereitschaft der deutschen Volksvertretung zu einem Frieden in Verständigung klar und deutlich vor aller Welt bekannt worden ist. Daß diese Friedensentscheidung zustande kam, ist allerdings in erheblichem Maße dem rührigen Zentrumsgesandten Erzberger zu danken. Das Geheul der Alldeutschen und der Vaterlandspartei gegen Herrn Erzberger ist damit hinreichend motiviert. Wenn jetzt der Zentrumsgesandte Herr Graf Hirth auf die Reichstagsresolution vom 19. Juli verpflichtet hat, bevor er die Würde des Reichstagspräsidenten übernahm, von den Vaterlandsparteilichen Eroberungspositionalen gegen den Abgeordneten Erzberger in der geräuschvollsten Weise fortgesetzt verteidigt wird, so ist das ein Erlebnis von besonderem Reiz.

Für uns Sozialdemokraten war die Stellungnahme zum Friedensproblem niemals irgendwie abhängig vom militärischen Stande der Dinge, weil wir grundsätzlich zu einem Frieden der Verständigung jederzeit bereit waren und noch sind. Die auf den heutigen Tag stehen wir zu dem, was wir über unsere Friedensbereitschaft in unseren Reichstagsabklärungen, Reden und Interpellationen gesagt, was wir in Stockholm und in parteiunabhängigen Veröffentlichungen bekundet haben.

Um es zum hundertsten Male zu wiederholen: Wir wollen den Frieden der Verständigung, weil er die Möglichkeit ausschließt, daß die eine der Kriegsparteien vergewaltigt und entehrt wird und weil ein Dauerfriede nur dann wahrscheinlich ist, wenn das nicht geschieht. Da wir unter keinen Umständen mürhen können, daß unser eigenes Land vergewaltigt und entehrt wird, wehren wir uns selbstverständlich bis zum Aufbreiten, solange die andere Seite einen Frieden der Verständigung ablehnt.

unseren eigenen Kriegsgesandten wird ständig in die Hände gearbeitet von den Entente-Regierungen, die bisher alle deutschen Friedensangebote ablehnen. Den Entente-Regierungen wiederum wird ihre Stellungnahme erleichtert durch die Taktik des künftigen Eroberungspositionalen und durch das Verhalten der von aller gesunden Vernunft verurteilten unabhingigen Soldaten in Deutschland, die alle deutschen Friedensangebote von vornherein stets als Heuchelei und Fäulnis betrachtet vor aller Welt herabwürdigen haben.

Fragallehen: der Gedanke der Verständigung lebt und er wird siegen, denn wie lange soll denn noch weiter gekämpft und gelitten werden, wenn die Völker sich nicht verständigen?

Doch um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Vergesse niemand, daß mit der Vaterlandsparteilichen Erzbergerhege über Fragen hinweggetäuscht werden soll, welche die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes betreffen, u. a. auch um nur wenige Beispiele zu nennen, über folgende Tatsachen:

1. Die in der Presse am 15. Mai veröffentlichte Nachener Kaiserrede, in der es hieß: ... Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelzüge in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelversorgung gebessert ...

2. Die Bestimmung des Kriegsernährungsamts vom 17. Mai heraufsetzte die tägliche Rationsmenge für die Versorgungsberechtigten vom 18. Juni 1918 ab von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt wird;

3. das ablehnende Verhalten des Abgeordnetenhauses in der preussischen Wahlrechtsfrage;

4. die Steuerfragen und

5. ... Ja, wann endlich soll denn der Belagerungsstand beseitigt werden, da wir noch nur an einer Front zu kämpfen haben?

Das sind Fragen, mit denen sich heute das ganze deutsche Volk beschäftigen müßte, und man wird zugeben, daß im Verhältnis zu ihnen die Hege einer bestimmten Gruppe gegen einen einzelnen ihr mißliebigen Reichstagsabgeordneten eine recht unbedeutende Sache ist.

haben zu wirken, daß das polnische Volk aus dessen parlamentarischer Vertretung die Ergebnisse der Verhandlungen, die vielleicht in einer nicht allzu langen Zeit vorliegen werden, gebührend abwartet.

Sich möglichst unbestimmt um die Gründe nachzusehen, ist ein schlechtes Erbreich für das künftige Gedeihen. P. a. Burian, der die Forderungen der Polen, die ihr Schicksal mitbestimmen wollen, kennt, wird also die Wirkung seiner Wünsche nicht eben hoch einschätzen.

Renaudel fordert einen Weg aus dem Kriege

Bern, 25. Mai. Renaudel schreibt in der „Humanität“, daß alle Welt das Bedürfnis empfinde, über die Friedensbedingungen klar zu werden. Die ganze Welt suche einen Weg aus dem Kriege. Es sei erstaunlich, daß gerade in einem solchen Augenblick von gewissen Zeitungen u. a. der „Temps“ ein heftiger Selbstzug für das linke Rheinufer begonnen werde. Dieser Standpunkt sei mit dem von der Entente vertretenen Forderungen auf Selbstbestimmungsrecht der Völker und Freiheit aller Völker unvereinbar.

Deutschland

Der Tod des Reichstagspräsidenten

Nach Monaten schwerer Krankheit ist Dr. Joh. Kaempf, der Präsident des Reichstags, im Alter von 76 Jahren gestorben. Sein Tod macht eine Neuwahl in Berlin I und im Präsidium des Reichstags notwendig. Wie die „N. Pr. Corr.“ berichtet, beabsichtigt die Volkspartei den Staatssekretär Dernburg als Kandidaten im inneren Berliner Stadtkreis aufzustellen.

In der Zusammenfassung des Reichstagspräsidiums dürfte sich jetzt eine parteipolitische Uenderung vollziehen. Das bisherige Präsidium war im Zeichen des Sieges über den schwarzblauen Bloß gewählt und bestand — nach der Reichstagswahl Scheidemanns zum Vizepräsidenten — aus zwei Fortschrittlichen, Kaempf und Dove, und dem Nationalliberalen Paasche. Da sich die Parteikonstellation seitdem gründlich gewandelt hat, besteht kein Grund mehr, die beiden größten Fraktionen vom Präsidium auszuschließen.

Der verstorbene Reichstagspräsident Dr. Kaempf gehörte zu den politischen Bandführern. Er hatte fast dreißig Jahre lang, bis 1899, die Berliner Filiale der Darmstädter Bank geleitet. In dieser Eigenschaft wurde er Mitglied des Reichstagsabgeordneten der Berliner Kaufmannschaft und später sein Präsident. Ein an äußeren Erfolgen ungewöhnlich reiches Leben hat seinen Abschluß gefunden.

Die Neuorganisation des Reichstagspräsidiums

wird so gedacht, daß die beiden stärksten Fraktionen, das Zentrum und die Sozialdemokratie, die infolge der Parteikonstellationen von 1912 untertreten waren, herangezogen werden. Wie die „Voss. Zig.“ erfährt, kommen die Abgeordneten Feyrenbach (Ztr.) und Scheidemann (Soz.) in Betracht. Die beiden bisherigen Vizepräsidenten Paasche (natl.) und Dove (Fr. Volksp.) würden an ihren Stellen bleiben, jedoch in Zukunft vier Mitglieder des Präsidiums vorhanden wären. Der „Vorwärts“ schreibt: Zumindest sind die beiden stärksten Fraktionen, die Sozialdemokratie und das Zentrum berechtigt, Ansprüche auf Beteiligung an der Leitung der Reichstagsgeschäfte zu erheben. Ob sie das tun werden, steht dahin. Der Sozialdemokratie kommt es auf keinen Fall darauf an, irgend welchen fraktionellen Ehrgeiz zu befriedigen.

Ein agrarischer Vorstoß gegen die Zwangsbezwirtschaftung

Der Abg. Dr. Köstke vom Bund der Landwirte hat im Reichstagsausschuß einen Antrag eingebracht, der auf einen „Abbau“ in Wirklichkeit auf eine völlige Aufhebung der Zwangsbezwirtschaftung und Rationalisierung der wichtigsten Lebensmittel hinausläuft. Dr. Köstke will die Beschlagnahme von Getreide und Kartoffeln nur zu einem Teil durchgeführt wissen, der übrige Teil der Ernte soll dem freien Handel freigegeben werden. Dr. Köstke sieht in diesem Antrag eine wirksame Bekämpfung des Speichelschadens. Würde dieser legitim gemacht, so würden auch seine hohen Preise sinken.

In Wirklichkeit dürfte der Antrag Köstkes gerade zu den umgekehrten Wirkungen führen. Er wäre überhaupt nur diskutabel, wenn die heute beschlagnahmten und rationierten Mengen an Getreide und Kartoffeln erheblich mehr ausmachten, als für die Ernährung der Bevölkerung ausreichend ist. Über gerade jetzt zeigt die Herabsetzung der Rationierung, daß die beschlagnahmten Mengen ja nicht einmal die notwendige Ernährung garantieren. Würde nun noch ein Teil der Ernte von der Beschlagnahme ausgenommen, so müßten diese Rationen damit auf ein unerträglich geringes Maß sinken. Außerdem würde es der Regierung gar nicht mehr möglich sein, auch nur die geringeren beschlagnahmten Mengen zusammenzuhalten. Denn gibt es einmal erst in Deutschland beschlagnahmtes Getreide, Mehl, Brot usw., so wird man das Wunder erleben, daß sich über Nacht auch alle beschlagnahmten und rationierten Waren in „beschlagnahmte“ verwandelt. Bei der berühmten „Auslandsware“ haben wir genügend Proben solcher Verwandlungskunst kennen gelernt, und hier wäre eine Kontrolle erst recht nicht möglich. Der Speichelschaden, weit entfernt zu verschwinden, würde nun erst ordentlich aufleben. Er würde im Handumdrehen den größten Teil der rationierten Waren an sich reißen, und dann hätten wir den — von Leuten des Schlags Eibenburg-Januschau allerdings für „natürlich“ gehaltenen Zustand, daß reiche Leute genau wie im Frieden lebten und die Kriegsoffer und Entbehrungen ganz ausschließlich von den Armen und Beschlagnahmten getragen würden.

Ubrigens ist Köstke viel zu sehr Agrarier, als daß der Wiederfuß in seinen Anträgen nicht durchgedacht, die Innehaltung der Kartoffellieferungen soll durch möglichst hohe Preise „angereizt“ werden. Sein Antrag sagt:

Der Grundlag muß sein, daß die Kartoffeln, die durch die Lieferungsverträge für das Reich sichergestellt werden, so hoch im Preise stehen, daß der Landwirt das volle pekuniäre Interesse hat, vor allem das Reich zu beliefern.

Wie hoch das ist, mag sich jeder ausmalen! Sollten die Kartoffeln dann für die ärmere Bevölkerung unerschwinglich werden, so überläßt es Herr Köstke wohlmeinenden Kommunalverbänden, sie zu billigeren Preisen zu liefern und die Differenz (auf Kosten der städtischen Steuerzahler) draufzuzahlen. Natürlich muß nach Dr. Köstke auch der Mittelpreis bedeutend gesteigert werden. Es entspricht der Selbstlosigkeit eines Bändelführers vom Schlage Köstkes, selbst in der Begründung dieses Antrages das Wort von der „Opferfreudigkeit der Landwirte“ im Munde zu führen. Die von Köstke gemeinte Opferfreudigkeit der Landwirte besteht darin, daß auch hier Dr. Köstke es den Kommunen überläßt, durch Zuschüsse der minderbemittelten Bevölkerung die Milch erschwinglich zu machen.

Seltene erfindungsreiche „Kaiserträne“

Bekanntlich hat sich schon vor etlicher Zeit ein „Bund der Kaisertränen“ aufgetan, der die „Vaterlandspartei“ ergänzen will. Offenbar will dieser treffliche Bund das Ressort der inneren Politik übernehmen, mit der sie angeblich die „Vaterlandspartei“ nicht beschäftigen will. Ueber die Tätigkeit dieser „Kaisertränen“ gibt nach der „Liberalen Korrespondenz“ eine von dem Bunde herausgegebene Zeitschrift „Deutscher Kaiser, höre dein Volk“ einigen interessanten Aufschluß. Nachdem die „gerühmten Friedensangebote“ als „kläglichste Mißgebühren“ hingestellt worden sind, wird darin weiter gesagt:

„Schlimm, wenn die Krone ihre verbrieften und beschworenen Rechte sich aus der Hand setzen läßt, schlimm, aber weit schlimmer noch, wenn sie diese freiwillig hergibt. Schwäche erlittet, doppelte Schwäche das Zweite: Parlamentarisierung! Der alte Fritz, selbst von seinen Feinden der Große genannt, freisinniger auf dem Thron, als sie die Freisinnigen seines Volkes, er würde sich in seinem Grabe herumdrehen, läme bis dorthin die Kunde von der Schwach, die wir jetzt durchmachen.“

Kriegsnachrichten

Die neue Offensive

zwischen dem Nord von Plozen und dem Gebiet von Reims wird von Pariser Blättern mit außerordentlicher Spannung verfolgt. „La Presse“ betont, daß die neuen Kampfhandlungen mit den früheren Schlachten vor Amiens und Arras ein großes Ganzes bilden. Ob der neue Stoß an der Aisne ein Hauptstoß oder nur eine Diversion ist, ist noch nicht ersichtlich. Der „Matin“ neigt zu der letzteren Ansicht und erwartet auch das Wiederanflutern der Kämpfe vor Amiens und nördlich zwischen Arras und Albert. Das „Journal“ weist auf die große Bedeutung des Chemin-des-Dames hin, der ein außerordentlich starkes Bollwerk in der Westfront bildet, und meint in einer Besprechung, die sich ausschließlich auf den gestrigen französischen Nachmittagsbericht stützt, daß man erst jetzt die Früchte der großen Opfer ernte, die man vor einem Jahr zur Einnahme dieser Stellungen gebracht habe. Alle Pressebesprechungen weisen ausdrücklich darauf hin, daß anfänglich jeder Offensivstoß dem Angreifer Vorteile einbringen könne. Man dürfe sich also nicht aufregen, sondern müsse Geduld und Kaltblütigkeit bewahren.

Lloyd Georges neue Kriegstreue

Die Stadt Edinburg hat den leitenden englischen Minister das Ehrenbürgerrecht verliehen. Aus diesem Anlaß hielt er eine Dankrede, in der er sich über die Kriegslage äußerte und — angesichts seiner brutalen Ironiepolitik den Burgfrieden forderte. Natürlich spielte in seinen Ausführungen der U-Boot-Krieg eine Rolle. In dieser Beziehung gab Lloyd George auf Grund eines neuen Berichtes der Admiralsität zu verstehen, daß England auf dem Punkt angelangt sei, wo der Alp sozusagen zerabschiedet werden könne. Seit dem Beginn des Jahres sei der Admiralsität überzeugt, daß die Flotten der Verbündeten mehr feindliche U-Boote versenken, als der Feind bauen könne. „Wir haben also den Punkt erreicht, daß wir ihre U-Boote schneller versenken, als die Deutschen sie bauen können, und daß die Verbündeten zusammen handelschiffe im ganzen schneller bauen, als die Deutschen sie versenken können. Nach allem derzeit verfügbaren Material vertritt die Admiralsität die Auffassung, daß im April die Zerstörung feindlicher U-Boote eine Rekordziffer erreicht hat.“ Vorweg hatte Lloyd George die Behauptung aufgestellt, der Zugang zu zwei der deutschen U-Boot-Reserver, Ostende und Zeebrugge, sei verschlossen worden. — Man muß bei diesen Mitteilungen und Behauptungen natürlich im Auge behalten, daß die englische Regierung Grund hat,

alles aufzugeben, um die äußerst unbequeme Opposition wegen der Untätigkeit und des Verlangens der englischen Flotte auch fernherhin und gerade im jetzigen Augenblick niederzubalten. Für diesen Zweck ließ Lloyd George in Edinburg wieder die Beschwörungsformel spielen: „Das U-Boot bedeutet noch immer eine Bedrohung, aber nicht mehr eine Gefahr. Es kann uns noch immer fürchterliche Verluste bereiten, aber als eine Gefahr, die über Gewinn oder Verlust des Krieges entscheidet, können wir das U-Boot ausschalten. Die Deutschen haben selbst erkannt, daß sie mit dem U-Boot nichts erreichen, und das ist die Ursache der gegenwärtigen Offensive im Westen. Der Feind ist zu dieser Offensive genötigt worden, als zu dem letzten Mittel, den Sieg zu erreichen.“

Weiter führte der Redner aus:

In jedem Kriege gibt es zwei typische Vertreter extremer Richtungen. Der Friedensextremist ist kein wahrer Friedensfreund, sondern ein Feind und ein Hindernis des Friedens und er ermutigt den Gegner. Die Kriegsextremisten betrachten jeden Gedanken an Frieden als Landesverrat. Der gesunde und sichere Weg, den die Regierung betreten muß, liegt zwischen beiden Extremen. Im vorigen Jahre gab es hier und in den Ländern der Verbündeten eine sehr beträchtliche Zahl von Leuten, die zu dem Schluß gekommen waren, daß es möglich wäre, einen ehrenvollen Frieden ohne Sieg zu erreichen. Ich glaube, daß heute wenige Leute so denken. Es war das Schicksal Russlands, das alle vernünftigen Leute zu dieser Erkenntnis gebracht hat. Manche Leute legten den Reden der Staatsmänner der Mittelmächte zu viel Gewicht bei. Dem Anschein nach waren es vernünftige Reden, und viele hier und in anderen Ländern sagten: Weshalb antwortet ihr darauf nicht?

Wir haben geantwortet und sobald wir geantwortet hätten, kam die Erwiderung von den deutschen Kanonen. Warum? Nicht weil die deutschen und österreichischen Staatsmänner uns absichtlich irreführt hätten, das werden wir ihnen nicht vor,

sondern sie wurden von den militärischen Führern beunruhigt, wenn es ihnen paßte. Sie waren bloß Marionetten.

Sobald es den militärischen Führern paßte, durften sie ihren Friedensgesablen loslassen, wenn es günstigen Wind in der Richtung nach den Verbündeten gab, um die Atmosphäre zu vergiften. Drest-Likowski entspräche in der wohlwollendsten Weise, welche Funktionen die Militärführer den Staatsmännern der Mittelmächte zuzuwies.

Politische Wochenchau

Friedensarbeit

Langsams trübe Friedensausichten

Bern, 23. Mai. (Magd. Ztg.) In der letzten Sitzung des amerikanischen Senats vor den Abgesandten sprach Langing nach einem „Harvard“-Bericht über die Möglichkeit der Beendigung des Krieges.

Langing erklärte, es liege jetzt ferne Friedensangebote, weder von neutraler Seite noch vom Feinde vor. Man gehe sich nicht der Hoffnung hin, ein solches noch vor dem Herbst zu erwarten. Die militärische Lage der Dinge läßt von einem baldigen Frieden zu sprechen, auf den Amerika immer vorbereitete bleibe. Vielleicht sehe der Feind bis zum Herbst keine Mittel geboten und vielleicht sei dann der Augenblick gekommen, im Senat über die Friedensbedingungen zu reden.

Deutsch-italienisches Gefangenens-Abkommen

Berlin, 24. Mai. Am 15. Mai ist in Rom auf Grund der Bestimmungen des deutsch-italienischen Abkommens ein Gefangenens-Abkommen zwischen den Verbündeten über Kriegsgefangene und Zivilpersonen unterzeichnet worden. Nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung sollen insbesondere die beiderseitigen Internierten und in den italienischen Kolonien befindlichen deutschen Zivilpersonen auf Wunsch nach Italien überführt werden. Besonderer Dank gebührt der schweizerischen Regierung, unter deren verständnisvoller Leitung die Verhandlungen vor sich gingen. In gleicher Weise ist der Verdienst des Papstes zu gedenken, der in Förderung seiner unermüdbaren Bestrebungen um die Beseitigung des Leides der Gefangenen höchstpersönlich Initiative und Interesse am Zustandekommen der deutsch-italienischen Verhandlungen betreibt und damit von Rom aus ein Werk edler Menschlichkeit gefördert hat. — Der deutsch-französischen Vereinbarung ist nun diese gefolgt, nachdem schon früher eine ähnliche Verständigung zwischen Deutschland und England zu Stande gekommen ist. Diese hochinteressanten Tatsachen lassen es immer unverständlicher erscheinen, daß dieselben Staatsmänner, die sich soweit verständigen, sich nicht die wenigsten Schritte dahin tun können, die dem Massenmorden endlich ein Ende setzen.

vom 15. April 1918 niedergelegten Bestimmungen entsprechen. Die Bestimmungen des deutsch-italienischen Abkommens kommen auch den in italienischer Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen zugute, die von den italienischen Truppen an Italien übergeben worden sind. Aus den Bestimmungen, die zum Schutze der beiderseitigen Internierten oder sonstigen Zivilpersonen vereinbart sind, ist hervorzuheben, daß die in den italienischen Kolonien befindlichen deutschen Zivilpersonen auf Wunsch nach Italien überführt werden. Besonderer Dank gebührt der schweizerischen Regierung, unter deren verständnisvoller Leitung die Verhandlungen vor sich gingen. In gleicher Weise ist der Verdienst des Papstes zu gedenken, der in Förderung seiner unermüdbaren Bestrebungen um die Beseitigung des Leides der Gefangenen höchstpersönlich Initiative und Interesse am Zustandekommen der deutsch-italienischen Verhandlungen betreibt und damit von Rom aus ein Werk edler Menschlichkeit gefördert hat. — Der deutsch-französischen Vereinbarung ist nun diese gefolgt, nachdem schon früher eine ähnliche Verständigung zwischen Deutschland und England zu Stande gekommen ist. Diese hochinteressanten Tatsachen lassen es immer unverständlicher erscheinen, daß dieselben Staatsmänner, die sich soweit verständigen, sich nicht die wenigsten Schritte dahin tun können, die dem Massenmorden endlich ein Ende setzen.

Die polnische Frage vor der Entscheidung
Neue Verhandlungen in Berlin
Bonn, 25. Mai. (Abendblatt des Wiener K. K. Telegr. Korrespondenz.) Die „Polnischen Nachrichten“ melden: Auf Einladung des Grafen Burian fand heute nachmittag eine Konferenz des Ministers des Auswärtigen mit dem Präsidenten des polnischen Reichstages statt. Wie den „Polnischen Nachrichten“ von Warschau polnischer Seite mitgeteilt wird, erklärte Graf Burian, daß während der letzten Besprechung im Großen deutschen Hauptquartier die polnische Frage in keiner Weise aufgeworfen wurde und daher als offenkundig zu betrachten sei. Graf Burian empfiel dem polnischen Reichstagspräsidenten, daß er die polnische Frage, die polnische Frage einer günstigen Lösung entgegenzusetzen. Der Reichstagspräsident sollte sich nicht scheuen, sich schon in den allerersten Tagen nach Berlin zu begeben, wo die polnische Frage zur Erörterung gelangen werde, und er würde das polnische

Ein Aktionsprogramm der Sozialdemokratie

Der Entwurf der Kommission

Der Würzburger Parteitag hat den Parteivorstand mit der Berufung einer Kommission beauftragt, die den Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auszuarbeiten und den Parteinständen zur Beschlussfassung vorlegen soll.

Der Parteivorstand ist diesem Beschluss des Parteitages nachgekommen. Den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf eines Aktionsprogramms stellen wir hiermit zur Diskussion.

Der Kommission haben angehört die Genossen Auer-München, Cunow-Berlin, Keil-Stuttgart, König-Dortmund, Landsberg-Magdeburg, Löbe-Breslau, Paepelom-Hamburg und Wissell-Berlin.

Der Weltkrieg hat sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands als gewaltiger revolutionärer Faktor erwiesen. Die überliefernten Produktions- und Handelsverhältnisse, die Vermögen, Erwerbs- und Klassenstellung des deutschen Volkes haben tiefgreifende Umwälzungen erfahren. Weitere Umgestaltungen werden als Rückwirkung des Krieges nach Friedensschluß eintreten. Noch stehen wir mitten im reichenden Strom der Entwicklung. Diese Veränderung und Verschiebung der Lebenslage unseres Volkes erfordert die möglichste Sicherung seines politischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Das bedingt eine Umgestaltung der aus der Zeit vor dem Kriege übernommenen staatlichen Einrichtungen und stellt dadurch die deutsche Sozialdemokratie vor eine Reihe neuer schwieriger Aufgaben. Es gilt, die jetzige, hauptsächlich auf den Kriegsbedarf eingestellte Volkswirtschaft ohne nachhallige Erschütterung des Erwerbslebens planmäßig wieder in den Friedenszustand hinüberzuleiten und die hierzu erforderlichen organisatorischen Uebergangsmassnahmen zu treffen. Es sind die durch den Krieg zerstörten volkswirtschaftlichen Werte wieder aufzubauen und die zurückbleibenden finanziellen Lasten so zu verteilen, daß sie, ohne die fernere Wirtschaftsentwicklung zu hindern, den Leistungsfähigsten zufallen. Die geschwächte Gesundheit und Arbeitskraft des Volkstörpers sind durch eine weitblickende Sozialpolitik wieder zu stärken und ferner politische Reformen durchzuführen, die dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Uebergang des alten Obrigkeitstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat vorbereiten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann und darf sich nicht von den Ereignissen treiben lassen und der durch die soziale Entwicklung zu gesteigerter Machtvolle gelangten Staatsgewalt die Durchführung der Neuordnung zuweisen, sie muß in zielbewusster Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen.

In der Erfüllung dieser ihrer nächsten Aufgaben erkennt die Sozialdemokratische Partei das nachfolgende, sich auf die allgemeine Zustimmung des Würzburger Parteitages stützende Aktionsprogramm, das das Erfurter Parteiprogramm nicht aufheben, sondern ergänzen soll, als für sie maßgebend an:

I. Politische Forderungen.

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volksherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entlassung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;

Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;

Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit;

Beseitigung der Geheimdiplomatie;

Beseitigung internationaler Rechtsorganisationen (Internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);

völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beseitigung aller Ausnahmegeetze;

volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz; Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen

II. Forderungen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei planmäßige Ueberleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft insbesondere vorläufige Weltbehaltung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreissetzungen soweit sich dies nach Friedensschluß für die ausreichende Versorgung der minderbemittelten Volksschichten mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist.

Organisation der Lebensmitteleinfuhr, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung sowie des Exportes unter staatlicher Leitung und Aufsicht, baldigste Hebung des tiefen Tiefstandes der deutschen Valuta im Ausland durch geeignete handelspolitische und finanztechnische Maßnahmen.

Ferner ist zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr der gesamte deutsche See- und Luftverkehr einschließend der Binnenluftfahrt unter Aufsicht des Staates zu stellen, dem ein gewisses Bestimmungsrecht über den Frachtdienst, die Frachtrouten und den Laderaum der Handelsflotte einzuräumen ist.

III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege.

Damit eine plötzliche Ueberfüllung des Arbeitsmarktes sowie Lohnrückerei und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege vermieden werden, fordert die deutsche Sozialdemokratie: Staat und Gemeinde haben Vorkehrungen zu treffen, daß die zur Entlassung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angestellten möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufsbezuges untergebracht werden und zu diesem Zwecke die Arbeitsvermittlung planmäßig organisiert wird. Können die Betriebe eines Gewerbebezuges aus Mangel an Rohstoffen, technischen Mitteln oder aus irgendwelchen anderen Gründen die Arbeit nicht in vollem Umfange wieder aufnehmen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten aus diesem Grunde nicht länger bei der Fahne zurückbehalten werden. Den entlassenen Heeresmitgliedern sind auf mindestens einen Monat die ihnen und ihren Familien gewährten Bezüge und Unterstützungen weiter zu zahlen. Durch Inangriffnahme von nützlichen Staats- und Gemeindegewerken ist für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Vermögen diese Maßnahmen den Ar-

beitslosen keine ihnen unter Berücksichtigung des Berufes zugunehmende Arbeit zu schaffen, so ist ihnen nach Ablauf dieses Monats eine angemessene Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren.

IV. Beteiligung der Arbeiter an der Uebergangswirtschaft.

Da die Organisation der Uebergangswirtschaft keine besondere Angelegenheit der Unternehmerwelt, noch der staatlichen Verwaltung ist, sondern eine Angelegenheit aller am Wiederaufbau der Volkswirtschaft interessierten Volksschichten, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß in dem Reichswirtschaftsamt, in den Arbeitsämtern und den Arbeitsvermittlungstellen die deutsche Arbeiterschaft nicht nur als Arbeiterfragen, sondern auch bei der ganzen organisatorischen Umgestaltung des Wirtschaftsbetriebes eine entsprechende Vertretung erhält.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert die deutsche Sozialdemokratie, daß der deutschen Arbeiterschaft durch die Errichtung von Arbeiterkammern eine gleiche Vertretung ihrer Interessen und gleiche offizielle Befugnisse eingeräumt werden, wie sie Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in den Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern besitzen.

V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde.

Da die schon während der Kriegszeit in Industrie, Handel und besonders im Bankgewerbe hervorgetretenen Konzentrations-, Verschmelzungs- und Kartellierungsneigungen voraussichtlich nach Friedensschluß eine weitere Steigerung erfahren und zu einer Vermehrung monopolistischer Wirtschaftsgebilde führen werden, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits bestimmte Privatsmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewährleisten, zu verstaatlichen. Ferner ist zur Beaufsichtigung kartellartiger Organisationen ein dem Reichswirtschaftsamt einzugliederndes Kartellamt zu errichten, das die Befugnis hat, in die Geschäftsbücher der Kartellverbände Einsicht zu nehmen und schädlichen Preistreibern entgegenzutreten. Wie den Unternehmern ist auch den Arbeitern eine Vertretung im Beirat oder Sachverständigen-Ausschuß des Kartellamts zu sichern.

Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu erweitern und durch Ausbau der Reichsbank dieser ein stärkerer Einfluß auf das private Bankgewerbe zu sichern.

VI. Handelspolitische Forderungen.

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist erforderlich, daß nach dem Kriege die früheren Handelsbeziehungen mit dem Auslande wiederhergestellt und der deutschen Industrie die Möglichkeit geboten wird, ihren ausländischen Absatzmarkt zu erweitern. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher, daß bei den Friedensablässen in die Verträge Vereinbarungen aufgenommen werden, die eine Fortsetzung des jetzigen Wirtschaftskrieges verhindern. Ferner sind sofort Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsabkommen zu treffen, die das bisherige System der Absperrung des deutschen Inlandmarktes durch hohe Lebensmittelpreise fallen lassen.

VII. Finanz- und Steuerreform.

Der Krieg wird dem Deutschen Reich schwere finanzielle Lasten hinterlassen. Diese so zu verteilen, daß die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege möglichst wenig gehemmt und jener Teil der Bevölkerung, der durch den Krieg Vorteile erlangt hat, in erster Reihe zur Aufbringung der erforderlichen

Das Maienband

Keines, rotes Band! Wann war es doch, daß ich dich zuerst trug? Richtig! ... An einem schönen, blauen Vorfrömmertag, als die Luft noch nicht von brüllenden Geschossen schrie, und die Erde noch nach Blumen, nicht nach Blut roch. Heute fällt du mir wieder in die Hand und rein steigt Erinnerung in mir auf. Wir saßen den Nachmittag unter Bäumen. Grün wölbte sich die junge Frühlingwelt um uns, voll von Keimen und Blüten. Auch in uns schwellt Hoffnung und Sehnsucht. Der Geist einer neuen Zeit wiegte sich in den schwankenden Baumkronen, wenn der Wind durch die Wipfel fuhr. Die Sonne hatte uns gerufen und wir waren ihrem Ruf gefolgt. Nun breitet sie das meisterliche Werk ihrer Schöpfung vor uns aus. „So soll auch die Menschenwelt werden. Laßt nur eure Sonne aufgehen und kein Halm wird mehr verkümmern.“ Diesen Text hast du, Sonne, aus von deiner himmlischen Tribüne gepredigt. Wann ist das gewesen? Weißt du es noch, kleines, rotes Band? Und das Band spricht zu mir: „Wohl weiß ich das noch gut. Du warst jung und feurigen Mutes. Deine Augen blühten und in deiner Brust ging das Herz im gleichen Schlag mit Millionen anderen Herzen.“ Auch heute schlägt mein Herz noch gleichen Takt mit Millionen anderen Herzen, kleines, rotes Band. Doch andere Farben trägt die Zeit. Schwarz mimteln die Wälder im Wind, der voll Brand- und Blutdunst aus dem Westen weht. Und blutrot flattert das Banner des Krieges vom Morgen zum Abend. Blutrot! Es gibt kein anderes Rot mehr auf Erden. Oder doch, kleines, rotes Band? Du leuchtest so anders im Lichte, bist wie der erste Frühstrahl, der dem Ausgang der Sonne voranläuft. Daß du mir heute vor das Gesicht kommst, kleine, rote Schleife,

soll mich mahnen an alles, was gewesen, was noch ist und was immer sein wird, weil es sein muß. Nur haben zur Sonne! Glauben an die neue Welt, die nicht in Schutt und Asche verflüchtigt werden kann! Du wächst unter meinen Fingern, kleines, rotes Band, und rollst wie von einer endlosen Rolle ab. Schon folgt du allen Straßen der Welt, läufst über Berge, Ströme und Meere und spannt die Welt in deinen Ring. An einem schönen, blauen Mittag wird die Erde wieder von Blumen duften, und die Luft wird zart und klar über uns stehen. Und dein Rot wird wieder leuchten, doch tiefer und inniger, kleines, rotes Band! Karl Bröger.

Zurückkehrende Flüchtlinge

(Bilder aus dem Baltikum.) Die Straße Riga-Mitau, ebenso die von Jakobstadt nach Mitau bieten zurzeit ein interessantes Bild: Rückwanderer bevölkern sie. Alle die Flüchtlinge, die in jenen Schreckenstagen von 1914 mit eiligst zusammengeraffter Habe davonstürmten oder von den Russen mitgeschleppt oder vertrieben wurden, sie sind seit Wochen unterwegs auf dem Wege in die Heimat. In Mitau werden sie alle gesammelt und in Quarantäne-Lager untergebracht, von wo sie, wenn nach 21 Tagen sich keine Krankheiten zeigen, westwärts entlassen werden. Der Stadtverwaltung von Mitau erwächst so seit langen Wochen die schwierige Aufgabe, all die Hungerigen zu sättigen, die Durstigen zu tränken und für alle eine Unterkunft zu schaffen. Wenn der Markttag erzhunderttel! Hier rastete schon mancher hohe Gast, seitdem Jahrhundertlang der Weg Berlin-Petersburg hier durch Mitau ging, sowohl die Königin Luise als auch der abenteuerliche Liebesritter Casanova, der zauberische Cagliostro und der „Schattenkönig ohne Land“, Ludwig XVIII., der hier Schutz vor seiner Revolution suchte und in Mitau Gast der Zaren Paul und Alexander I. war. Wie anders das heutige Bild! Wie anders auch als 1914! Nicht mehr verstört und mit verweinten Augen und schreienden Kindern kommen die Flüchtlinge an — o nein, in behäbiger Ruhe sitzen sie hoch oben auf den Lumpenballen und Heubündeln ihrer kleinen Panjowägelchen, zu Baden und

Scherzen sind sie aufgelegt und gern erzählen sie uns, was sie Bitteres und Böses im Exil erlebt haben. Noch in den letzten Wochen haben ihnen die roten Garbistenbanden viel Weh wegenommen — ihr letztes Gut, ihr Zukunftshoffnung. Aber es geht ja der Heimat zu, da vergessen sie allen andern Kummer. Hier und da führt die Frau oder eine ältere Tochter des Bauern noch eine Kuh oder Ziege neben dem Wagen her, guckt aus einer Kiste neugierig ein Hahn oder Huhn heraus, oder liegt in Heu das treue Hündchen neben den Kindern. Für den Vater reicht der Platz auf dem Wägelchen nicht immer, der geht dann fürbaß nebenher, indes sein kleiner Stöpsel mit alkluger Miene die Zügel hält und hübsch mit der endlosen Kolonne in der Reihe bleibt. Alle Männer zwischen 18—45 Jahren haben die Russen damals eingezogen oder nach Sibirien verschickt, viele von ihnen bleiben auch jetzt noch in Rußland, weil sie als rote Garbisten bei täglich 10—25 Rubel Verdienst und Aussicht auf Bänderungen sich dort „besser stehen“ als daheim, wo sie schwer arbeiten müssen. Stellenweise sieht man auch einen Studenten als Rusischer. Das sind die reichen Gutsherrnsöhne, sie führen auch stets noch 6—8 Pferde und Hafer nebst Sämentorn und Ackergeräte mit sich, und was sie sonst noch vor den Bänderbanden gerettet haben. Statt des wertlos scheinenden Gerümpels, mit denen die andern ihre Wagen vollgepackt haben, haben sie gut verschürte Ballen und hoch oben ziert oft ein richtiggehender Regulator ihren Wagen. Täglich gehen und kommen so Hunderte ehemaliger Gesellschaftler durch Mitau, und uns Landfarmleuten bleibt dann öfter die Aufgabe, sie heimwärts zu begleiten. Dabei erlebt man dann heitere und mitunter auch traurige Momente. Heiter stimmt oft die Primitivität ihrer Gewohnheiten, so wenn sie sich in einer leeren Kaimoppsbüchse — ganz wie wir Feldgrau an der Front — waschen, oder wenn sie mit Draht ihre Pelze flicken. Traurig aber stimmt auch uns, wenn die, die gar keine Nachruß aus der Heimat bekommen haben, mit uns die Frage erörtern, ob sie wohl ihr Häuschen und ihren Hof, ihre Schone und ihren Stall wiederfinden werden. ... Ach, wir haben nur zuviel zerstörte Dörfer gesehen, Dörfer, die heute nur eine Anzahl in die Höhe ragender Kamine darstellen, wir trösten dann so gut es geht.

neuen Steuererträge herangezogen wird, ist die wichtigste Aufgabe einer die große Volksmasse schützenden Steuerpolitik. In den Bedingungen einer möglichst ungehemmten Wirtschaftsentwicklung gehört in erster Reihe die Schonung und Stärkung der menschlichen Arbeitskraft als des wertvollsten Teils des Volkvermögens.

Ausgehend von diesen Grundfragen fordert die Sozialdemokratische Partei:

Aufhebung eines beträchtlichen Teils der Kriegsschulden durch schärfste Erfassung der in der Kriegszeit entstandenen Vermögensvermehrungen;

Erhebung eines nach der Leistungsfähigkeit abzustufen den allgemeinen Schenkungsbeitrags;

reichsgefesliche Ordnung und progressive Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern nach sozial- und bedürfnispolitischen Gesichtspunkten;

Ausbau der Erbschaftsteuer unter Einbeziehung des Erbes der Kinder und Ehegatten; Erhebung eines Pflichtteils des Reichs bei Anderlosen, Erblassern oder solchen mit kleiner Kinderzahl; Einführung des alleinigen Erbrechts des Reichs, wenn nahe erbrechtliche Verwandte nicht vorhanden sind; Verschärfung der Steuerfahndung, die nicht nur nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe der Erbschaft, sondern auch nach dem Gesamtvermögen des Erbenden abzustufen sind.

Aufhebung aller Verbrauchsabgaben auf notwendige Nahrungsmittel. — Alle monopolistischen Gewerbegebiete und das Versicherungswesen sind in die öffentliche Verwaltung zu übernehmen.

VIII. Sozialpolitische Forderungen.

Zur Hebung des durch den Krieg geschädigten Gesundheitszustandes des deutschen Volkskörpers, wie zum Schutz der menschlichen Arbeitskräfte und des Nachwuchses unseres Volkes fordert die Sozialdemokratische Partei:

Ausbau und Vereinfachung der sozialpolitischen Gesetzgebung;

achtstündigen Normalarbeitstag;

grundgesetzliches Verbot der Nachtarbeit unter klarer Umgrenzung der Ausnahmen von diesem Verbot;

durchgreifenden Schutz der Frau vor und nach der Entbindung;

Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren;

Schutz der Jugendlichen, Erweiterung der Jugendfürsorge;

Regelung der Wohnungsfrage durch ein Reichsgesetz, Schaffung eines wirklichen Reallohnrechts für alle Arbeiter, Ausbau und Vereinfachung des Arbeitsrechts;

Ausbau und einheitliche Regelung des Einigungswezens, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reichsgebiet;

Zur einheitlichen Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein besonderes Reichsamt für Sozialpolitik zu schaffen.

Das Wohl der Kriegsbeschädigten und der Kriegsteilnehmer, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch den Krieg gerüttelt sind, wie auch der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen erfordert besondere Fürsorgemaßnahmen. Den noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten ist nutzbringende dauernde Beschäftigung durch die Unternehmer auf geglichem Wege zu sichern und die Ausnutzung ihrer Kostgänger im Arbeitsprozess zu verhüten, den ruhmerten Kriegsteilnehmern aber die Wiedererlangung einer festen wirtschaftlichen Grundlage zu ermöglichen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten getragene reichsgefesliche Regelung der gesamten Kriegsbeschädigtenfürsorge und Neuordnung der Rentenberechtigung unter Schaffung eines Rechtsweges, der dem der Arbeiterversicherung nachzubilden ist.

IX. Kommunalpolitische Forderungen.

Unter Festhaltung an der von dem Bremer Parteitag (1904) angenommenen Programmresolution erachtet die

Partei für die Uebergangszeit die Erfüllung folgender kommunalpolitischer Aufgaben als besonders dringlich:

Finanz- und Steuerwesen. Ueberführung aller für die Gemeinden in Frage kommenden Monopolbetriebe in deren Besitz. Uebertragung des Kleinversteheres innerhalb der bereits monopolisierten oder noch zu monopolisierenden Gewerbe an die Gemeinden. Einführung von Handelsmonopolen in ländlichen und in allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln.

Einwirkung auf die Gesetzgebung in der Richtung eines Ausbaues der Steuerhöhen der Gemeindefinanzen, um sie unter Schonung der minderbemittelten Bevölkerungsklassen zur Erfüllung ihrer Aufgaben instandzusetzen.

Armen- und Waisenspflege. Ausbau der vorbeugenden Armenpflege. Für die ehemaligen Kriegsteilnehmer Schaffung besonderer Unterstützungseinrichtungen, die unter Ausschaltung armenpflegerischer Grundzüge von der Armenverwaltung zu trennen sind. Anpassung der Unterstützungssätze an die Lebensstellung der Hilfsbedürftigen. Erweiterung der Generalvormundschaft. Besondere Fürsorge für die Kriegerwaisen.

Gesundheitswesen. Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln. Fortwährende Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, insbesondere der Säuglinge, der Kinder im vorschulpflichtigen Alter und der Schulkinder. Behandlung gesundheitlich gefährdeter oder erkrankter Kinder durch beamtete Ärzte. Einführung einer Wochenhilfe für den Fall der Befreiung der Reichswochenhilfe durch die Gemeinden in dem Umfang von mindestens den Leistungen der heutigen Reichswochenhilfe. Fürsorge für Schwangere und Stillende entsprechend den Fortschritten der ärztlichen Wissenschaft.

Schulwesen. Volle Durchführung des Grundgesetzes der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Leichteste Ermöglichung des Aufstiegs der Begabten.

Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes

vom 1. April 1917 bis 31. März 1918

Die Aufgaben der Sozialdemokratie wachsen zur Zeit der Not der Völker ganz besonders und es ist ein Gebot des vorkrieglichen Sozialismus, sich dieser Not anzunehmen. In dem Grauen und der Zerküftung, die der Krieg erzeugt, hat die Sozialdemokratische Partei den Willen zur Durchführung ihrer geschichtlichen Mission nicht aufgegeben, sondern er ist noch entschärfter geworden. Rücksichtslos tritt die Partei ein für die baldige Herbeiführung eines allgemeinen Friedens auf der Grundlage der Verständigung der Völker. Sie bekämpft mit aller Kraft anregungslos Bestrebungen, in welcher Form sie sich auch zeigen mögen, weil sie den Krieg verlängern und dadurch den Völkern unnötig große Opfer an Gut und Blut auferlegt werden. Die Ernährungspolitik günstig zu beeinflussen und für die Kriegerfrauen, Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten zu sorgen, sind Aufgaben, deren Förderung die Partei sich mit großem Eifer angenommen hat. In den Gemeinden setzt sie sich ein für Beschaffung von Wohnungen und Hausrat. Sie fordert grundgesetzlich, daß zur Deckung der Kriegsschulden der während des Krieges erzielte Vermögenszuwachs, der einige Tausend Mark übersteigt, beschlagnahmt wird. Ihr Kampf gilt aber auch, jetzt mehr denn je, dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Zwar hat eine reaktionäre Junta Mehrheit mit Hilfe der Hälfte der nationalliberalen Fraktion und einem Teil der Zentrumsfraktion die Regierungsvorlage mit dem gleichen Wahlrecht in allen drei Stufen abgelehnt. Aber damit ist der Kampf um das vom König von Preußen versprochene gleiche Wahlrecht noch lange nicht endgültig entschieden. Er wird vielmehr erst jetzt mit aller Schärfe entbrennen und mit Mitteln geführt werden, die den Verweigerern des gleichen Wahlrechts wenig angenehm sein dürften. Die Sozialdemokratie wird nicht eher ruhen, bis das gleiche Wahlrecht auch in Preußen errungen ist. In der Richtung, der hier kurz gezeichneten Aufgaben so-

zialdemokratischer Politik, bewegte sich auch die Tätigkeit des

Bezirksverbandes der Sozialdemokratie Westpreußens. Nachdem der am 24. Juni 1917 in Danzig abgehaltene Parteitag für den Bezirk Westpreußen über seine Zielsetzung zur Gesamtpartei völlige Klarheit geschaffen und Richtlinien für seine fernere Tätigkeit aufgestellt hatte, war die Basis für ein erfolgreiches Arbeiten für die Partei gegeben. Trotz der Schwierigkeiten, öffentliche Versammlungen unter dem Belagerungsstand zu veranstalten, konnten doch wenigstens in den größeren Parteiorientierten Kreisen öffentliche Versammlungen abgehalten werden. In unserem Bezirk Reichstagsabgeordneter Bucl, Dresden, in vier und die Genossin Suchacz, Berlin, auch in vier öffentlichen Versammlungen. Weitere auswärtige Redner waren trotz vieler Mühe nicht zu bekommen. In den übrigen 242 Veranstaltungen im Bezirk nahmen Mitglieder des Bezirksvorstandes als Berater und Redner teil.

Während sich die Mitgliederbewegung durch viele Einberufungen zum Heer und den Quertreibern der „Unabhängigen“ seit Ausbruch des Krieges auf absteigender Linie befand und am 30. Juni 1917 mit 888 Mitgliedern ihren tiefsten Stand erreicht hatte, ist sie seit der Zeit ständig gestiegen. Am 31. März 1918 waren nach Angabe der Wahlkreisorganisationen 1439 Mitglieder vorhanden, darunter 572 weibliche. Dieses günstige Resultat wurde erzielt, trotz der mühsamen persönlichen Hebe gewisser „Unabhängiger“ in Danzig-Stadt und -Land, die im April 1917 mit 150 Mitgliedern aus beiden Wahlkreisorganisationen austraten und sich der Unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossen. Die dadurch entstandene Lücke in der Organisation ist nicht nur ausgefüllt, sondern darüber hinaus hat der jetzige Mitgliederbestand den vom 31. März 1915 noch um 49 überschritten. Dieser Umstand beweist mehr als alles andere, daß es erst nach Abgang der „Unabhängigen“ möglich geworden war, für die Stärkung der Partei erfolgreich zu arbeiten und daß wir mit unserer Politik während des Krieges Anklang bei den Massen finden. Vier neue Ortsvereine sind in den Kreisen Schwef, Flatow und Danzig-Land gegründet worden.

Die Stadtvorordnetenwahl in Elbing fand am 26. November 1917 im Zeichen des Burgfriedens statt. Die von der Partei aufgestellten Kandidaten Knebel, Peter, Kuhn, Kowalski, Lange, Braun und Schottke wurden ohne Gegenkandidaten gewählt.

In Graudenz kam eine gemeinsame Kandidatenliste zustande, auf die auch Genosse Haat übernommen war. Das gestel dem Pfarrer Jacob nicht. Er stellte eine Gegenliste auf, für die alle gegnerischen Vereine stimmten.

In Ohra hielten sich die „Unabhängigen“ ihre erste wohlverdiente Wahlniederlage bei der Gemeindevahl am 14. März 1918. Sie brachten es auf ganze 29 Stimmen, während unser Genosse Walz 93 Stimmen erhielt. Dies Wahlergebnis ist deshalb ganz besonders erfreulich, weil Ohra das Hauptquartier der Unabhängigen in Westpreußen bildet. Hier haben sie ihre eifrigsten und rücksichtslosesten Vertreter. An Werbearbeit haben sie es auch nicht fehlen lassen. Noch am Tage der Wahl verbreiteten die Unabhängigen ein Flugblatt, das unsere Genossen beschimpfte und verleumdete. Und trotzdem dieser kläglichen beschämenden Reinfalt. Das war wirklich kein „Massenschritt“ der „Unabhängigen“.

An Beiträgen wurden von den Wahlkreisorganisationen in der Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 4015,38 Mark vereinnahmt. Davon erhielt der Parteivorstand 803,93 Mark und der Bezirksvorstand 240,31 Mark.

Im Parteisekretariat gingen ein 2492 Postfächer. Der Ausgang betrug 2829. Flugblätter und Broschüren wurden in 38 725 Exemplaren verbreitet. 7 Rundschreiben wurden in Kreisorganisationen gerichtet.

Die Bezirkskasse balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 4398,58 Mark.

Die Auflage der „Volkswacht“ ist vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 um 1800 Bezirker gestiegen. Diese erfreuliche Zunahme ist trotz Erhöhung des Bezugspreises und der Gegenagitation gewisser verbündeter „Unabhängiger“ zu buchen. Im Juli 1917 wurde unser Blatt wegen Abdruck eines Artikels des Genossen David auf kurze Zeit unter Vorzensur gestellt. Der frühere Redakteur Gustav Schröder fühlte sich wegen Veröffentlichung einer ihn betreffenden Notiz beleidigt. Er rief sich „unabhängig“ die Hilfe der Kommandantur gegen die „Volkswacht“ an und verklagte den Redakteur seines früheren Blattes wegen Beleidigung durch die Presse. Genosse Gehl wurde deshalb zu 50 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Dieser Schmerz wird auch noch zu tragen sein. Die Hauptsache ist und bleibt schließlich, daß durch die Verurteilung die unabhängige Schröder'sche Ehre wieder notdürftig repariert worden ist.

Für eine erfolgreiche Betätigung auf dem Gebiete des Bildungswesens ist jetzt die Grundlage geschaffen worden, die im Berichtsjahre leider nicht vorhanden war. Die Partei kommt dadurch wieder in die Lage, die sehr nötige Bildungsarbeit durch den Bildungsausschuß nach eigenem Ermessen zu betreiben.

Die Jugendbewegung steht auf guter Grundlage und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Alle Arbeiterkinder sollten ihre 14 bis 18 Jahre alten Kinder der Arbeiter-Jugendbewegung zuführen. Dort wird die Geselligkeit und das Gefühl der Solidarität gepflegt. Durch Wanderungen in frischer, freier Natur wird der Körper gestärkt und der Blick für die Schönheiten der Natur stark erweitert. Vorträge gebiegenen Inhalts über verschiedene Thematika werden vor jugendlichen gehalten und dadurch auch ihr Wissen vermehrt.

Im Großen und Ganzen können wir mit der Entwicklung der Parteibewegung und den ihr angeschlossenen Zweigen in unserem Bezirk zufrieden sein. Unter dem Belagerungsstand, der Zensur und den durch den Krieg erzeugten sonstigen Schwierigkeiten ist erreicht worden, was nach Lage der Verhältnisse hat erreicht werden können. Große Aufgaben stehen aber dem Bezirksverband noch zu lösen bevor. Wir brauchen nur an die kommenden Jahre zu denken. Diese gut vorbereiteten, ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Darüber muß sich jeder Sozialdemokrat klar sein. Wer sich zur Sozialdemokratie bekennt, muß wissen, was dies bedeutet und ständig tätig sein für den Sieg des demokratischen, völkerverfreienden Sozialismus.

Mit Parteigeuß

Der Parteivorstand,
Julius Gehl

Bestern aber haben wir ein tief erschütterndes Bild: Wir waren mit etwa 60 Familien mit einigen Panzerwagen 15 Werst weit von Witau marschiert. Ein altes Mütterlein und ihr 17jähriges Lötterchen, die uns auf ihren Wagen gebeten hatten, wurden, je näher wir ihrem Heimdorfe kamen, stiller und stiller. Mit ängstlichen, fragenden Blicken drangen ihre Augen in die Ferne. heimlich liehsten sie mit Widen alles, was ihnen in der Gegend von früher her bekannt war — einen kleinen See, einen Birkenhain, eine verstedt liegende Windmühle — aber bei jedem Trümmerrücken schauerten sie zusammen. Denn hier hatte ja früher ein Haus gestanden, eine Scheune oder Kapelle. . . .

Rechts und links bröckelte unter Zug schon ab. Da und dort bog ein Wagen in einen Seitenweg ein und jagte und kreu gingen die Aufkommenden auf ihr Heimweien zu glücklich, es wiedergefunden zu haben. Unter Mütterchen aber jätterte vor Aufregung am ganzen Körper. Ihre Tochter, selbst der Tränen kaum mächtig, versuchte sie auf leiblich zu trösten. Aber die Mutter hatte für nichts als für die Ferne Interesse. Wäplich hing das kleine Panzerperdchen lautz zu wiehern an — es ahnte inständig die Nähe der ehemaligen Heimat. Wir hogen an einer Weibede rechts ab — nun noch ein Stück hinter jenen Wald, da muß ihr Bauerwäuschen, ihr „Gefährte“ folgen. „Wäuschen“ hieß er nennt es der Letzte, ein Lötterchen, das mit dem alten „Gefährte“ mehrere Gebärtschichten gemeint hat. Denn von den Stammvätern der Weiben, die genau den Namen der Jungfrauen und Jäntzen glücken, gibt es nur noch wenige im Balkanlande.)

Der nach ihm auch in mir die höchste Begabung. Drei unserer Weiben waren wieder abgeschwenkt und wir sahen, wie sie von ihren „Gefährten“ hielten. . . . Unter Mütterchen war behende von Weiben gefordert und fast jetzt dem Pferdchen einige Schritte voraus. Die Tochter hielt verflucht die Lippen in zitternden Händen, von Zeit zu Zeit sah sie mit dem trüblichen Blick über die Wagen hinweg. Das Pferdchen wälzte sich und schien nach einem in ihr aus als bisher. Man sah den Kopf zu Erde. Ein vorläufiger Abschiedsumarmen der Weiben, eine trübselige Rede und eine — und dann — dann sah man sie mit dem alten Frau während der Fahrt. Die Weiben wälzten sich und mit dem Pferdchen wälzte sich die Weiben. Die Tochter aber bog portige Worte aus — deren Sinne wir nur ahnte — jampfte

mit ihren Holzschuhen den Erdboden und schlug necrods auf das Pferdchen ein, das sich — aus Enttäuschung über den fehlenden Staff — ziemlich ungeduldig benahm.

Erschütterter trat ich zur Seite. Mir fiel vor lauter Ergriffenheit nicht ein Wort des Trostes ein — ich konnte die Armen nicht einmal fragen, was sie alles verloren hatten. Denn die Stätte, da sie ihr Haus vermuteten, war ein mit Gras überwachsener Schutthaufen, aus dem da und dort etwas Gestänge der ehemaligen Wände herausragte, einige schwarze Mauerreste, ein Kamin-Heberbleibel und der verschüttete Brunnen. Alles fort! Alles verloren! Vom Kriege zertrümmert, — der einzige Trost dieser Armen waren ihre Tränen. . . .

Aber nicht lange überließen sich Mutter und Tochter ihrem Schmerz. Von fern kamen Leute herbei. — Glücklich, so schon einige Wochen zurück waren und ihr Haus (wenn auch leer) wiedergefunden hatten. Sie führten den Wagen in ihre Scheune, boten uns, in ihre „Häbe“ zu treten und gaben Mutter und Tochter zuerst einmal heißen Tee und etwas Speckbrat.

Nur mühsam konnte sich unser Mütterchen über ihren Verlust beruhigen. Mir aber erklärte die Tochter, daß diese Nachbarn ihnen einstweilen ihr Gefährde zur Verfügung stellen und sich auch erboten hätten, schon morgen mit dem Bau eines zunächst primitiven Gehäuses zu beginnen, so daß auch ich über das fernere Schicksal dieser Kerntzen einigermaßen beruhigt sein würde.

Auf dem Rückwege kam ich durch ein Dorf, in dem bereits wieder ein leibliches, also recht geistliches Volkleben herrschte. Aus einem Hofraum klangen singende Stimmen, jeder Taft eines erblühten Liedes, von einer ganzen Schar von Nachbarn gesungen, begleitet von den uralten „Häbe, Häbe“, der als Grundton alle gesungenen Zeiten der Letzten ergänzt. Sie hatten, wie ich sah, ihre Felder bereits gepflügt und teilweise besät — hatten die Heimat wieder. Nicht lange mehr, dann können auch die noch fehlenden Männer aus der Gefangenenschaft zurück — von Belgien, Süddeutschland und Serbien und Österreich ist ein weiter Weg — und neues Leben wird blühen aus den Ruinen des Krieges.

Denn man doch auch im Winter erst so weit wäre!

Robert Albert.

Danziger Nachrichten

Stadt-Theater

„Die Lante aus Sparta“, Lustspiel von Wiegand.

Sie ist eigentlich eine alte Bekannte, die Lante aus Sparta. Man kennt sie und die anderen Personen des Stückes aus den Lustspielen des vorigen Jahrhunderts. Zwar hat ihr der Dichter ein modernes Gewand gegeben. Es kommt so etwas von Neuorientierung vor. Allerdings nur eine spärliche Dosis, wie es in Deutschland üblich ist. Ein Prinz bekennet sich zur Notwendigkeit der Wahlreform in seinem Vändchen. Die fürstliche Lante klebt ein wirkliches sozialdemokratisches Blatt und meint, daß die „Roten“ zwar viel schimpfen, aber häufig recht hätten. Die Handlung des Stückes ist äußerst spärlich. Eine fürstliche Liebesgeschichte. Ein Prinz liebt eine Komtesse. Der Heirat stellen sich aber Schwierigkeiten in den Weg, bei denen nicht nur die Ebenbürtigkeitsforderungen auch die Geldfrage eine Rolle spielen. Die Lante mit ihrem erparten Reichtum macht schließlich den Herzensbund der Liebenden möglich. Humor ist in dem Lustspiel herzlich wenig. Die plattdeutschen Redensarten der Fürstin wirken schließlich mehr langweilig als erheitend.

Die flotte Darstellung der Mitwirkenden machte das Stück noch bis zu einem gewissen Grade genießbar. Vor allem war Jenny von Weber in der Titelrolle eine äußerst lebenswürdige fürstliche alte Dame. Das Liebespaar wurde durch Charlotte Krulle, die als Komtesse eine liebliche Erscheinung bot, und Mag Falk, der den Prinzen mit frischer Natürlichkeit gab, wirksam vertreten. Die beiden Väter der Liebenden fanden in Leo Hubermann und Hermann Werble aristokratische Verkörperung. An der Spielleitung des Herrn Hubermann war nichts auszusetzen.

Im Wintergarten erscheint ab heute ein neues Programm, dessen Einzelheiten das betreffende Inserat wiedergibt. Morgen, Sonntag, finden zwei große Vorstellungen statt, die besonders hervorgehoben sein mag.

Zum Besten der Ludendorff-Spende gelangt am Donnerstag den 6. Juni „Böhtäter der Menschheit“, Schauspiel in 3 Akten von Felix Philipp zur Aufführung. — Direktor Rud. Schaper wird darin die Rolle des Dr. Marius spielen.

Die Seebäder auf der Westerplatte werden Sonntag eröffnet. Die Kurkapelle konzertiert unter Leitung des Violin-Virtuosen Georg Malekty täglich im Kurhause Westerplatte. Dort ladet der Schatten der hohen Bäume zu angenehmem Aufenthalt ein.

Preiserhöhung für Butter, Milch und Käse.

Ganz unerwartet und ohne jeden stichhaltigen Grund hat die Provinzialfettstelle wieder einmal die Preise für Butter, Milch und Käse wesentlich erhöht. Die Erhöhung dieser wichtigen Nährmittel tritt am 1. Juni in Kraft. Warum sie erfolgte, mögen die Götter wissen. Verwaltungsdirektor Ziehm weiß es anscheinend auch nicht. Das schadet auch weiter nichts. Die Hauptsache ist natürlich, daß die Verbraucher von Zeit zu Zeit an das Vorhandensein der Provinzialfettstelle durch von ihr gelegentlich veranfaßte Preiserhöhungen für Milch und Molkereiprodukte erinnert werden. Diesen Zweck erreicht Verwaltungsdirektor Ziehm mit seinen und unverständlichen Verteuerungen immer. Es wird hohe Zeit, daß dieser Mann so jähnel wie möglich von seinem verantwortungsvollen Posten entfernt und dieser mit einer Persönlichkeit besetzt wird, die auch ein klein wenig Verständnis für die Interessen der Verbraucher besitzt. Was soll man dazu sagen, wenn man hört, daß die Erhöhung nur vorgenommen ist, weil Ostpreußen und Pommern die Preise für Butter, Milch und Käse erhöht haben. Ist dies ein stichhaltiger Grund, die Preise in Westpreußen auch zu erhöhen? Hat Verwaltungsdirektor Ziehm keine anderen Gründe?

Er hat keine und kann keine haben. Früher wurde sehr oft Knappheit als Grund für Erhöhungen angegeben. Dieser Grund fällt diesmal fort. Gewiß sind nicht genügend Mengen Butter, Milch und Käse vorhanden. Aber es gibt doch jetzt mehr davon als im Winter. Nun soll es wieder jede Woche Butter geben. Magermilch ist so reichlich vorhanden, daß sie fast ohne Karten abgegeben wird. Ueber teure Futtermittel kann jetzt auch nicht geklagt werden. Die Kinder bekommen sich Tag und Nacht auf der Weide. Im vorigen Jahre hat die Molkereiabteilung der Stadt Graudenz bei den bisherigen Preisen glänzende Geschäfte gemacht. Die im Milchauschuß in Danzig sitzenden Landwirte lehnen aus demselben Grunde jede Verteuerung ab und versichern auf Befragen, daß ihre Kollegen sich auch nicht wagen. Wer hat denn die Verteuerung eigentlich. Wer und wo stecken die Volksausleger? Heraus mit der Sprache. Es ist unerhört, was man in diesen Zeiten der Not dem Volke alles zu bieten wagt. Das kommt aber daher. Die Provinzialfettstelle keinen Beitrag hat. Die Schaffung einer Fettstelle, die aus dem Oberpräsidenten und seinem Verwaltungsdirektor Ziehm besteht, eine Einrichtung, die wohl in Ostpreußen möglich ist, entscheidet also selbständig darüber, was für Preise ganz Westpreußen für Milch und Molkereiprodukte zu zahlen hat. Das ist ein Zustand, wie er ebendem in Rußland üblich war. Es wird Zeit, daß damit endlich Schluss wird. Oder soll die Stimmung im Volke mit aller Macht noch mehr herabgedrückt werden als sie schon ist? Das ist doch unbillig. Aufgabe der Provinzialfettstelle sein.

Die letzte Erhöhung der Preise für Milch und Butter wurde angenommen worden sollte, waren Vertreter des Konsumauschusses für Konsumenteninteressen beim Verwaltungsdirektor erschienen. Sie forderten Abkündigung der Erhöhung. Die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Danzig (s. u.) hat gegen die Erhöhung aus, was wirklich schon viel bedeutet. Der große Arbeitsnachteiler, der produziert und in Danzig der Magistrate ist, hat den Protest gegen die Erhöhung an. Was ist die Provinzialfettstelle? Sie ist eine Preisprüfungsstelle, noch die für Danzig besetzt,

sondern die Erhöhung einfach ohne Grund und Ursache diktiert. Gibt es kein Mittel gegen diese unerhörte Willkür, die das Volk aufpufft?

Abgabe von Lebensmitteln.

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel, Kartoffel-, Butter- und Lebensmittelzusatzarten für Leute über 60 Jahre erhältlich sind. An Stelle von Mühlenfabrikaten werden diesmal für die Erwachsenen Gemüsekonserven verteilt. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Der große Arbeitnehmer-Ausschuß

tagte am Montag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters. Stadtrat Dr. Grünspan bespricht einleitend den gegenwärtigen Stand der Ernährung. Die Verkürzung der Brotration soll so durchgeführt werden, daß auf die Brotkruste wahlweise auch Zucker oder Mühlenfabrikate entnommen werden können. Die Verteilung der Mühlenfabrikate soll wie bisher erfolgen. Die Fleischversorgung ist nicht rosig. Eine Verkürzung der Ration auf 200 Gramm wird bald notwendig. Die Gefrierfleischkonserven in Thörn sind nahezu erschöpft, so daß ein Zuschuß von dort nicht zu erwarten ist. In der nächsten Woche sollen Gemüsekonserven verteilt werden. Die Hühnerhaker sind in der Ablieferung der Eier recht käumig. Eine Zwangsumlage für Eier wird kommen. Die Provinzialfettstelle hat eine weitere Verteuerung der Butter um 30 Pf. das Pfund, für Käse um 15—25 Pf. das Pfund und für Milch um 2 Pf. für den Liter beschlossen. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, ohne die Preisprüfungsstelle für Danzig und die für den Bezirk Zuständige zu hören. Die Landwirte in der Preisprüfungsstelle haben sich gegen eine Erhöhung ausgesprochen. Die Stadt Graudenz hat eine eigene Molkerei und diese hat glänzend abgeschlossen. Die Erhöhung ist auf den unheilvollen Einfluß der Interessenten zurückzuführen. Die Preisprüfungsstelle hat einen Protest an den Staatssekretär übermittelt. Die Milchzufuhr hat sich gebessert. Magermilch wird in größeren Mengen abgegeben. Die Butterbelieferung soll wieder alle 8 Tage erfolgen.

Affessor Köhler berichtet über die Brennstoffversorgung.

Lors soll bis zu 20 Zentner markenfrei abgegeben werden. Für Kochzwecke ist Petroleum vorhanden, doch darf für Leuchtzwecke jetzt keiner abgegeben werden. Die Kohlenzufuhren sind schlecht. Ein Teil geht nach der Ukraine. In der Aussprache wird hervorgehoben, daß Zucker und Mühlenfabrikate keinen vollen Ersatz für die verringerte Brotration bieten.

Gehl protestiert entschieden gegen die Maßnahmen der Provinzialfettstelle und beantragt, eine Deputation zum Oberpräsidenten zu entsenden. Wenn es wirklich nicht anders geht, muß die Militärverwaltung eingreifen. Klein schließt sich diesem Protest an. Ein Redner führt Klage darüber, daß Kohlenhändler ganze und halbe Lasten Kohlen abfahren lassen, während die ärmere Bevölkerung nicht einmal die aller-notwendigsten Mengen erhalten könne. Dr. Grünspan erklärt besagten Fall so, daß der in Rede stehende Käufer Vertreter einer Grube ist. Die Stadtverwaltung kann in diesem Fall nicht eingreifen, ist aber bemüht, unliebsame Dinge abzustellen.

Krüger bespricht den Antrag Dr. Köfide an den Reichstag, der eine Aufhebung der jetzigen Wirtschaftspolitik zum Ziele hat. Die Gewerkschaften übernehmen, falls der Antrag angenommen werden sollte, für die Folgen keine Verantwortung. Redner ersucht den Magistrat, gegen den Antrag Köfide Stellung zu nehmen.

Dr. Grünspan: Auch wir würden es für ein Unglück halten, wenn dieser Antrag angenommen würde.

Oberbürgermeister Scholz: In dem jetzigen System der Volksernährung muß unter allen Umständen festgehalten werden. Der Deutsche Städtetag und auch der Hauptauschuß werden zur Ernährungsfrage Stellung nehmen. Der Antrag Köfide scheint aussichtslos zu sein.

Szymanski bespricht die Hindenburgspende. Nach Angaben des Regierungsrats Kette soll nur 1/4 in Danzig bleiben. Auch Schlachthofarbeiter sollen davon erhalten. In der Artillerie-Werkstatt koste das Pfund Speck 11 Mark.

Dr. Grünspan: Hindenburgspende bekommen der Reihe nach alle Arbeiter. In welcher Weise die Verteilung erfolgt, ist Sache des Schwerarbeiterauschusses. Auch die Schlachthofarbeiter erhalten Hindenburgspende. Wenn die Verteilung in die Hände der Stadt gelegt wird, ist eine gerechte Verteilung möglich.

Habenicht ersucht den Magistrat, für eine Besserung der Waschgelegenheit für Leibwäsche Sorge zu tragen. Die Abkommandierten sind in einer unangenehmen Lage.

Vom Magistrat wird eine Prüfung dieser Frage zugesagt.

Nach einigen anderen weniger wichtigen Erörterungen erfolgte nach 2 1/2 stündiger Dauer Schluß der Sitzung.

Sitzung des Gewerkschaftsrates.

Am Freitag den 24. Mai versammelten sich die Delegierten des Kartells des freien Gewerkschaften, um zu wichtigen sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Nach Entgegennahme des Rassenberichts, der in Einnahme und Ausgabe mit 1175,61 Mark abschließt, wurde in die Beratung der Arbeitsnachweisfrage und Arbeitslosenunterstützung eingetreten. In längeren Ausführungen gab Kollege Krüger ein Bild des gegenwärtigen Standes der Arbeitsnachweise. Der Ausbruch des Krieges hat mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Organisation der Arbeitsnachweise den Anforderungen, die an eine solche Einrichtung gestellt werden müssen, nicht genügt. Die freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen nehmen schon seit vielen Jahren den Standpunkt ein, daß Arbeitsnachweise nicht Kampfmittel, sondern soziale Einrichtungen sein sollen, welche in geordneter sachgemäßer Weise Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt regeln müssen. Leider sehen heute noch ein Teil der Unternehmer in ihren Nachweisen Kontrollstationen, die sie im Wirtschaftskampf mit den Arbeitern nicht müssen möchten, zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft. Nach dem Kriege werden gutfunktionierende Arbeitsnachweise zwingende Notwendigkeit sein, soll sich die Arbeitsnachweise in die Preisbewirtschaftung möglichst einmündig einmischen und alle verfügbaren Kräfte zu geeigneter

Zeit an den geordneten Platz gestellt werden. Nur auf dem Wege der Preisbewirtschaftung kann dies erreicht werden. Die Kommunen haben aber die Pflicht, der Preisbewirtschaftung die Wege zu ebnen.

Eng verbunden mit der Regelung der Arbeitsnachweise ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Schon vor dem Kriege haben eine Reihe Gemeinden die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Durch die Bundesratsverordnung vom Dezember 1917 ist die Zahl der unterstützten Städte bedeutend größer geworden. Leider gehört Danzig nicht zu diesen. Diejenigen Städte, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, ließen sich nicht von dem Gedanken leiten, daß die Unterstützung eine Prämie auf die Faulheit ist, wie der verstorbenen Gehobrat Ziele sie genannt hat, sondern daß es im Interesse des Staates und der Kommune liegt, die Arbeitslosen zu schützen, damit sie nicht in Not und Elend verfallen. Die Kriminalstatistik liefert den untrüglichen Beweis, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit die Delikte für Vergehen und Verbrechen answellen, während bei guter Konjunktur die Verbrechen geringfügiger sind. Hier helfend eingzugreifen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Redner legt den Delegierten zwei vom Kartellauschuß ausgearbeitete Eingaben für den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung vor und ersucht über diese Vorlagen zu verhandeln.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Reorganisation der Arbeitsnachweise aus. Die Spezialberatung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten beschäftigte sich die Versammlung mit der geplanten Erhöhung der Preise für Butter, Käse und Milch. Geradezu unverständlich ist es, in der gegenwärtigen Zeit, wo eine Verkürzung der Brotration vorgenommen werden soll, auch noch diese Produkte zu erhöhen. In einer Zeit, wo über Menschenökonomie und Säuglingsfürsorge soviel geredet und geschrieben wird, wo Ausstellungen veranstaltet werden, mag es eine Behörde, die wichtigsten und wertvollsten Lebensmittel für Kinder und Kranke ohne jeden stichhaltigen Grund gewaltig zu verteuern. Die Versammlung protestierte ganz entschieden gegen eine derartige Preispolitik und lehnte jede Verantwortung ab.

Arbeiterentlassungen auf der Artillerie-Werkstatt

Man schreibt uns: Wegen Mangel an Arbeit werden in letzter Zeit viele Arbeiterinnen der königlichen Artillerie-Werkstatt in Danzig entlassen. Darüber herrscht unter den Frauen eine sehr bewegliche Aufregung. Sie sind der Meinung, daß zunächst junge Mädchen ohne Anhang gekündigt werden könnten und nicht Kriegsfrauen und Kriegswitwen. Die Entlassenerin beklagt sich bitter darüber, daß eine Kriegsfrau mit 8 Kindern und eine Kriegswitwe mit 6 kleinen Kindern gekündigt wurden und man ihr als Kriegswitwe den netten Rat gegeben hat, nach Essen zu reisen und dort bei 55 Pfennig Stundenlohn zu arbeiten, während auf der Artillerie-Werkstatt Mädchen ohne Anhang, die in Dienst gehen könnten, ruhig weiterarbeiten dürfen. Die Entlassenerin arbeitet schon drei Jahre in dem Betriebe und fragt entrüstet, ob die Kündigung etwa der Dank für das große Opfer sei, das sie dem Vaterlande durch den Verlust ihres Mannes gebracht habe, während besser gestellte Frauen und Mädchen von der Kündigung nicht betroffen worden sind.

Eine Berücksichtigung solcher Fälle wäre unseres Erachtens bringend am Platze.

Kapitalismus und Säuglingsfürsorge.

Es ist der Widerfuss des Krieges; auf der einen Seite werden Hunderttausende kräftiger Männer durch den Schlachtentod der Volksgemeinschaft entrissen, auf der anderen Seite sucht man den Verlust wieder weit zu machen durch eine starke Vermehrung der Geburten, und möglicher Erhaltung der Neugeborenen. Was das letzte anbetrifft, sah es vor dem Kriege hier sehr traurig aus. Trotz mancher Fürsorge starben immer noch mehrere Hunderttausend Säuglinge im Jahre. Welche Maßnahmen von Seiten der Behörden und des Elternhauses unternommen werden können, um die Säuglingssterblichkeit einzudämmen, zeigt die „Ausstellung für Säuglingsfürsorge“, die ausgestellt ist in der Sporthalle geboten wird. Die Säuglingssterblichkeit ist in der Hauptsache eine soziale Frage. Ein verheerendes Uebel sind die Großstadtwohnungen der Proletarier. Eine Gegenüberstellung von Photographien mehrerer Dach- und Kellernwohnungen, in den auch noch heute viele Proletarierfamilien in Danzig haufen müssen, mit den modern eingerichteten Arbeiterwohnungen einiger großstädtischer Baugenossenschaften zeigt die gewaltige Arbeit, die noch auf diesem Gebiete zu leisten ist. Am furchtbarsten wütet die Säuglingssterblichkeit naturgemäß in den unteren Volksklassen. Von hundert Säuglingen in Berlin starben aus den Kreisen der Arbeiterklasse 18, des Mittelstandes 13 und der reichen Leute 7. Besonders groß ist auch die Sterblichkeit der unehelichen Kinder, da die uneheliche Mutter heute noch vielfach als Ausgestoßene behandelt wird, und infolgedessen für ihr Kind nicht so sorgen kann, als wie die eheliche Mutter. Einen großen Teil der Säuglingssterblichkeit verschuldet auch die Vererbung von Krankheiten, insbesondere von Tuberkulose und Sphäphilis. Die Ausstellung zeigt an einigen Beispielen die schrecklichen Verheerungen, die durch diese Krankheiten an den Neugeborenen hervorgerufen werden. Viel könnte natürlich auch noch in den Kreisen der Arbeiterklasse zur Hebung des Gesundheitszustandes der Neugeborenen geschehen. Auf diesem Gebiet wird häufig gerade noch von Arbeitermüttern gesündigt. Wir erinnern nur an die mangelnde Zahnpflege und auch den Gebrauch des Gummifäschers, der zur Verhütung des schreienden Säuglings gerade von Arbeitermüttern verwendet wird. An und für sich ist derselbe nicht gefährlich, er wird aber zu einem großen Gesundheitschaden, wenn er mit Zucker oder Brot gefüllt oder in Alkohol getaucht wird. In der Hauptsache aber kann die Säuglingssterblichkeit nur wirksam bekämpft werden durch eine erhebliche Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse. Vor allem gesunde Wohnungen, die Luft, Licht und Sonne, drei Hauptfaktoren der Gesundheit, bieten. Dazu praktische gesunde und billige Wohnungseinrichtungen, statt des alten Grunpels, mit dem sich vielfach heute Arbeiterfamilien behelfen müssen. Ferner eine ausreichende Entlohnung der

Im Anstich hieran werden die Parlamentarisierung und Demokratisierung als Sündenböcke ausgemalt und sodann heißt es weiter: „Warum sieht die Krone dem allen schweigend zu? Warum tut sie nichts? Warum fordert sie es? Es gibt nur eine Erklärung: Man glaubt, der Thron warte.“

Nur aus der Befürchtung von einer Vermittlung der beiden Parteien, daß verfehlten Drogenen der sozialdemokratischen Partei mit einer Revolution erklärt sich, daß der Kaiser die überaus größte Verfechtung des Gottesglaubens der Herrscher der Demokratie seines Reiches hilfreiche Hand leistete. Wohl gebe ihm, dem nach diesen Richtungen hin so reich Veranlagten, die unerschütterliche Ruhe und Festigkeit eines Wilhelms I.

Nach diesen Leistungen kann es nicht überraschen, daß dem Kaiser zum Schluß eine Art Ultimatum gestellt wird. Der Schluß lautet nämlich wörtlich: „Ein Kaiser Wilhelm II., der trotz alledem noch die Demokratie Deutschlands fördern, eine Politik der schwächlichen Nachgiebigkeit weiter verfolgen wolle, wäre uns fern, fremd, unverständlich.“

Die Herabsetzung der Brotationen und die Selbstversorger. Von der am 16. Juni eintretenden Herabsetzung der Brotationen werden die Selbstversorger nicht berührt. Wie wir hören, begründet die Regierung diese Schonung der Selbstversorger damit, daß ihre Rationen, die ursprünglich höher waren als die der anderen Produzenten, bereits im Winter dieses Jahres gekürzt worden sind.

Die Unabhängigen gegen den Sieg der Entente. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, eines der widerwärtigsten alldutschen Organe, beschäftigen sich in ihrer demagogischen Manier mit der Wahl im „Südaustritts-Ermittlungsausschuss“.

„Nicht ganz so gleichgültig können wir aber an der weiteren freien Behauptung des Blattes vorübergehen, daß es deutsche Niederlagen seien, monach die Unabhängigen Seele heimlich dürfte, daß wir nichts so sehr fürchten, wie daß das Deutschland nach diesem Kriege sich erstarken und in seiner Zukunft sicher dastehen könnte, und daß wir, wenn die Not uns zum Beten treibe, sicher um den Endsieg der Entente beten.“

Man wäre versucht auszurufen: „Warum hast du das nicht gleich gesagt? Wenn wir über diesen wichtigsten Punkt schließlich doch einig sind, wozu dann der ganze zerrüttende Parteistrudel?“ Die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie war doch nie etwas anderes als die Bezeichnung der auch von der „L. V.“ vertretenen Willensmeinung, daß die Sozialdemokratie den Sieg der Entente nicht wünschen kann und darf.

Ein Zentrumsgraf für Ständewahlrecht. Cassake oder Hohenzollern? Unter der schreienden Ueberschrift „Sollen die Hohenzollern in Preußen regieren oder die Erben Bismarcks?“ veröffentlicht der Abg. Graf Stradowitz-Bertelsdorf in der „Deutschen Tageszeitung“ einen lächerlichen Aufsatz, in dem für die Einführung eines ständischen Wahlrechts Stimmung gemacht wird.

Ein Zentrumsgraf für Ständewahlrecht. Diese Wahlrechtsvorlage allerdings muß verschwinden. Herrschaft wie Abgeordnetenhauses müßte auf anderer Grundlage aufzubauen werden. Von dem gegebenen ist aber das berufständische Wahlrecht nur für die Wahlen zum Abgeordnetenhause brauchbar.

Es gilt zurzeit noch die Frage: für oder gegen das ständische Wahlrecht? Das ist eine Irreführung des Volkes. Die wirkliche Frage lautet: für oder gegen die Hohenzollern, für oder gegen die internationale Demokratie? Deshalb ist Preußens, ist jetzt der Hohenzollern Wahlrechtsfrage, welche das alte rührmüde Preußen, alle die die Hohenzollern erhalten wollen, müssen sich — in welcher

Partei sie auch stehen — zusammenzufassen, müssen Handlungen wie im Schillingen dem anderen Feind, der internationalen Demokratie gegenüber, in der Ueberzahl des gleichen Wahlrechts.

Die Erben Bismarcks oder die Erben der Krone? Die Krone hat sich in diesem Kampfe befaßt, schon „für die Erben Bismarcks“ entschieden. Sie hätte also in diesem Fall nach dem Zentrumsgrafen Leiteswegs „pour le roi de Prusse“ für den König von Preußen gearbeitet. Und so kommt es, daß jetzt die Hohenzollern vor sich selber gerettet werden müssen! Glauben die Thronretter durch ein solches Schauspiel wirklich „das monarchische Gefühl“ stärken zu können? (B. 137.)

Rußland

Das schwankende Schicksal der Zarenfamilie. Berlin, 23. Mai. Die gestern veröffentlichte Meldung der Petersburger Telegraphenagentur, nach der mehrere Mitglieder der ehemaligen Zarenfamilie aus ihrem Aufenthalt in der Krim in Kiew eingetroffen sein sollen, ist, wie die „Wostokische Ztg.“ erfährt, in allen Einzelheiten völlig aus der Luft gegriffen.

Die bei unserem militärischen Vorgehen auf der Krim in ihren Schlössern an der Südküste der Halbinsel vorgefundenen Persönlichkeiten des ehemaligen Zarenhauses blieben unbehelligt dort wohnen. Es handelt sich vor allem um die Zarin-Mutter, eine ihrer Töchter und noch verschiedene Angehörige. Die Nachricht, daß auch Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in der Krim angetroffen sein soll, scheint sich nicht zu bestätigen.

Der finnische Herrmann Sohinuud

W. T. B. Stockholm, 21. Mai. „Sventa Dagbladet“ erfährt interessante Einzelheiten zur Ernennung Sohinuuds zum Reichsvorstand. Danach wurde ihm jene Macht übertragen, die nach der Regierungsform des Jahres 1762 dem Monarchen zukommt. Die Uebertragung ist rein persönlicher und interimistischer Art.

Herr Sohinuud hat also sachlich die monarchische Gewalt, aber er übt sie nur interimistisch und persönlich. Natürlich, ein bürgerlicher Herr Sohinuud kann doch im Bereich der gottgewollten Abhängigkeiten nicht von heute auf morgen Monarch werden. Er ist also nur Platzhalter für den, der nach ihm kommt. Diesen aber wird man aus dem Lande nehmen, das allein auf der Welt so viele fürstliche Häuser besitzt, um nicht nur sämtliche Länder dieser Erde, sondern auch noch ein paar andere Planeten mit Monarchen versorgen zu können, aus Deutschland.

In welchem Maße man sich hiermit die Sympathie des finnischen Volkes erwerben wird, das sagt die obige von W. T. B. verbreitete Meldung so deutlich, daß wir es hier nicht näher zu illustrieren brauchen.

Strömungen in der Ukraine

Einem Briefe des „Vorwärts“ aus Kiew ist zu entnehmen, daß tatsächlich mit der letzten Umwälzung in der Ukraine die Strömungen gesiegt haben, die für eine Wiedereinigung mit Rußland eintreten. Es heißt dort über das Ministerium des wackeren Storopadski:

„Das Kabinett des Hetmans ist bis zum heutigen Tage noch nicht endgültig gebildet. Ihm gehören vorläufig Kadetten, Oktoberisten und russische Monarchisten an. Die Kadetten sind im Kabinett diejenige Gruppe, die am meisten nach links orientiert ist. Ihre Betätigung in dem Aufbau des ukrainischen Staatswesens bestand darin, daß sie im Juli 1917 ihre Vertreter in der Rada abberufen hatten mit der Begründung, daß die Kadetten die ukrainische Selbständigkeit nicht anerkennen können.“

Die neue Regierung inaugurierte einen scharfen Kampf gegen das Ukrainertum. Es wurden viele ukrainische Zeitungen verboten, darunter die vier größten ukrainischen Zeitungen in Kiew, nämlich „Rowa Rada“, „Dorodba“, „Widrobshenje“ und „Narodna Wola“.

Das ist die neue Richtung in der Ukraine, deren Sieg in Deutschland freudig gefeiert wurde.

Gegenrevolution in Odeffa

Das Berliner Ukrainische Pressebureau meldet: In Odeffa ist die sozialistische Duma aufgelöst und das Rathaus wurde von der Miliz umringt. Zum Bürgermeister von Odeffa wurde General Dobzowalski, zu seinem Gehilfen Artubinst ernannt.

Frankreich

Sozialistische Erwartungen in Frankreich

Rotterdam, 25. Mai. (Wost. Ztg.) Aus London wird gemeldet, daß nach dort eingetroffenen Nachrichten die französischen Sozialisten in den letzten Tagen der bestimmten Ansicht gewesen seien, die Regierung werde den Prozeß Caillaux nicht durchführen, weil sich eine Anzahl Minister bei Clemenceau dafür verwendet hätte, den Prozeß vorläufig ruhen zu lassen, bis die Bevölkerung, die über die nächste Zukunft sehr besorgt sei, sich beruhigt habe.

Kriegswirtschaft

Ein Schiebergeschäftchen.

Wie lesen in der „Deutschen Reichszeitung“ in Bonn: 20 000 Rilo Sped hatte eine Bonner Firma aus dem Ausland unter Umgehung der Z. C. B. eingeführt und dabei folgenden Weg eingeschlagen: Der Bonner Kaufmann und seine Ehefrau trafen in Neuenahr einen Soldaten aus Köln, der dort auf dem Geschäftszimmer einer militärischen Stelle beschäftigt war. Dieser besorgte der Bonner Firma zwei Frachtbriefe für Müllergut. Mit Hilfe dieser Frachtbriefe gelangten die zwei Waggons Sped nach Köln. Von dort sollten sie als „Technisches Feil und Abfalleter“ an die Städtische Ausgabe für bezahlte Frauennarbeit in Kassel weiterbefördert werden, wozu der Soldat helfen sollte.

Aus aller Welt

Explosionsunglück bei Bitterfeld. Magdeburg, 28. Mai. Am 14. In der Fabrik Griesheim-Electron bei Bitterfeld ereignete sich gestern durch die Explosion einer Wasserstoff-Flasche ein bedauerlicher Unfall, dem leider 9 Personen zum Opfer gefallen sind.

Ein Riesenbrand in Litauen. Ein Riesenbrand zerstörte die halbe litauische Stadt Sionim im Gouvernement Grobno. Viele Familien sind obdachlos.

Temperatursturz im Riesengebirge. Hirschberg, 27. Mai. Nach schweren Gewittern am Donnerstag trat im Riesengebirge ein gewaltiger Temperatursturz ein. Auf dem Hochgebirge schnitt es die Nacht zum Sonnabend und am Tage selbst mehrmals stark. Der Schnee lag am Sonntag noch bis auf etwa 800 Meter hinab. Auf der Koppe erreichte die Schneehöhe 1/2 Meter.

Das traurige Ende. Durch Selbstmord hat ein Liebes- und Todespaar, das von Berlin aus verhaftet wurde, in Polen geendet. Eine Marie Kusaschewicz aus Lodz kam vor längerer Zeit nach Berlin und fand Beschäftigung bei einem Juwelier. Ein Bandmann Berger fesselte sie durch ein Liebesverhältnis an sich und verleitete sie seitdem, ihren Arbeitgeber fortgesetzt zu wechseln.

Wahnsinnig geworden. Wegen Verlustes der ganzen Familie ist eine Frau Grothusen in Berlin in Wahnsinn verfallen. Vor dem Kriege bestand sie in den glücklichsten Verhältnissen lebende Dekomontfamilie aus sieben Köpfen. Dem Ehepaar, einer erwachsenen Tochter Erila von 18 Jahren und vier Söhnen von 17 bis 26 Jahren.

Auf dem Dache verhaftet. Vor einiger Zeit sind in Berlin drei schwere Verbrecher, darunter der 34 Jahre alte Schlosser Hermann Berg aus dem Untersuchungsgefängnis in Moabit entwichen. Der Kriminalpolizei gelang es nun Berg in der Schloßstraße in Steglitz festzunehmen, als er im Begriff war, einen neuen Einbruch vorzubereiten.

Pani* in einer eömischen Kirche. Rom, 27. Mai. „Giornale d'Italia“ meldet: Während eine sehr große Menge sich in der Kirche der heiligen Dreieinigkeit am Orte der jährlichen Pilgerfahrt drängte, hörte man Montag morgen plötzlich Schreie: „Kettet euch! Zur Hilfe! Der Menge, die die Kirche und den Platz anfüllte, bemächtigte sich eine furchtbare Panik.“

Sieben Zuchthäuser entporen. Aus dem Zuchthaus an der Fulda in Kassel sind sieben Strafgefangene, schwere Verbrecher, die auf dem Hofe beschäftigt wurden, entporen und trotz sofort aufgenommener Verfolgung durch den Befehlshaber und über die neue Hasenbrücke hinweg nach den Nachbarorten und von da in die angrenzenden Wäldern entkommen.

Die gestohlene Frau. Heute ist nichts sicher. Aber daß einem die Frau gestohlen wird, dürfte einzig sein. Folgende Notiz findet sich unter den Anzeigen einer Schweizer Zeitung: Achtung! Ich erlaube die Diebe, die mir am 4. April meine Frau gestohlen haben, mir die selbe wieder zurückzubringen, da ich sonst gerichtliche Vorkehrungen treffen werde. Julius Wiedemann, Altdorf.

Verantwortlicher Redakteur: A. G. H. Danzig. Verlag: Volkswacht, Danzig. Druck: Königsberger Volkszeitung, Danzig.



Kurhaus u. Strandhalle Brösen

Eigene Konditorat • Konzert-Kaffeehaus • Leistungs-fähiger Wirtschaftsbetrieb
Empfohlene Ausflugsstätte für Familien und Vereine.

Am Sonntag ab 3 Uhr nachm. **Kur-Konzert** bel freiem Eintritt
Paul Jbold.

Varieté Wintergarten

Danzig Direkt.: Arthur Löwinoch Danzig

Ab heute und folgende Tage das neue grosse **Varieté-Programm!**
Neu für Danzig

- Lu und Hilde**
modernes exzentrisches Tänzerpaar
- Bogade Comp.**
in ihrem Original Exzentric Sketch „Die Unzerbrechlichen“
- 2 Rudis 2**
Akrobaten
- Kitty Traney**
in ihrem Melange-Sport-Akt
- Der lebende Propeller**
ausgeführt von Geschwister Mercedes
- Georg Neumüller**
bayerischer Komiker
- Alice Carver und Partner**
Deutschlands beste Kunstschützen
- und der grossartige Equilibrist:
Fred Chasyer
der drollige Fassroller
in seiner Original-Szene im Weinkeller

Morgen Sonntag den 2. Juni
2 gr. Vorstellungen **2**
abends
3 Uhr Kleine Preise
7 Uhr Gewöhnliche Preise
Vorverkauf unnumerierter Plätze nur im Kaufhaus Gebr. Frey-
mann, beim Portier im Norddeutschen Hof und im Wintergarten

Restaurant Wolfsschlucht

Porte-chaisengasse 4

Dem geehrten Publikum von Danzig und Umgegend beehrt ich mich anzuzeigen, dass ich ein kunstvolles, tadelloß spielendes **elektr. Piano mit Mandoline** erworben habe, zu dessen Besichtigung ergebenst einlade.
August Wisotzki.

Das Instrument wurde geliefert von Paul Jäschke, Handgasse 112. 160

Kurhaus Westerplatte

Sonntag, den 2. Juni 1918
Konzert der Kurkapelle
Dr. Kapellmeister u. Violin-Virtuose Herr Georg Maichky.
Beginn 7 1/2 Uhr.
Tägliches Konzert bis 10 Uhr abends.
Max Klemowicz.

Der wahre Geist Jugend Einblitzflimmern
15 Pfennige 35 Pfennige 45 Pfennige.
Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32

Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und Herrenräder in großer Auswahl, beste Preis-Leistungs-Verhältnisse.

Erfahrungsbereitung

Holz, Tau, Spirale und Lederit, ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren.
Benzin 135

Feuerzeuge

und Gasanzünder in großer Auswahl. Versand nach jed. D. i. Angemeldetes Kartbild kann abachollt werden

Gustav Ehms Fahrrad-Großhandlung
1. Damm 22-23, Ecke Breitgasse.
Telephon Nr. 3478.

„Volkswacht“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Berufungs- und Versicherungs-Gesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Polizeuerverfall
Man verlange Prospekt von der Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Pottentuben 35

Neue und gebrauchte Fahrräder

jedernde Halzbereifung, Federit, Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.
Feuerzeuge, Taschenmesser, Eichen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Taschenlampen, Batterien.
A. Hein, Breitgasse 113.

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 10 Formulare für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister.
Preis 60 Pfennige
In beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht Danzig :: Paradiesgasse

Lerne durch Fachlehrbücher!

Werke allerersten Fachleute, mit vielen Abbildungen:
Der Metallarbeiter, M 8,60; Der Schlosser, M 17,20; Der Kunstschlosser, M 12,—; Der Gaschlosser, M 7,—; Metallschleifen, -polieren, -färben, M 6,60; Legier- und Sötzkunst, M 10,—; Die Metallgießerei, M 18,—; Der Hufbeschlag, M 8,60; Der Galvanisierer, M 8,60; Der Fahrradrepaurateur, M 6,—; Die Kunstschmiedereien, M 12,—; Der Kupferstecher, M 10,—; Der Wasserleitungsinstallateur, M 10,—; Warmwasseranlagen, M 8,60; Die Wasserförderung, M 16,—; Der Maschinenbauer, M 23,50; Der Maschinist, M 10,50; Der Eisenbahnbau, M 35,—; Der Zerstörer, M 6,60; Der Bauarbeiter, M 8,—; Buchdruckerkunst, M 12,—; Der Bildhauer und Gipsgießer, M 5,30; Der Böttcher, M 10,—; Chemie und Elektrochemie, M 6,60; Der Dachdecker und Baulempner, M 8,60; Der Dekorations- und Stubenmaler, M 7,—; Der Zimmerdekorateur, M 6,60; Der Drechsler, M 16,—; Die Destillierkunst, M 6,60; Die Elektrizität in Gewerbe und Industrie, M 10,—; Moderne Färberei, M 10,—; Fachzeichnen, M 10,—; Gekleiden- und Rahmenfabrikation, M 7,25; Glasfabrikation, M 32,—; Holzschleifen, -beizen, -polieren, M 8,60; Der Handwerker als Kaufmann, M 7,25; Die Kürschnerkunst, M 18,50; Der Konditor, M 8,—; Färben der Hauswaren, M 15,—; Die moderne Lederfabrikation, M 8,60; Der Gerber, M 12,—; Ledierkunst, M 8,—; Der Maurer, M 8,60; Der Maurermeister, M 8,60; Der Zimmermann, M 3,60; Der Zimmermeister, M 8,60; Der Pianoerbauer, M 15,50; Der Pianofortist, M 8,—; Zuschneidekunst (Herren), M 16,50; Zuschneidekunst (Damen), M 16,—; Der Schneider, M 18,50; Der Tapezierer, M 14,—; Der Tapezierer und Dekorateur, M 12,60; Der Auszubildete und Luftschiffstatter, M 7,25; Die Tischlerkunst, M 14,—; Der Schreiner, M 18,—; Der Möbelmacher, M 13,20; Der Möbelrestaurateur, M 7,25; Die Tischlerwerkstatt, M 7,25; Robers Bauhilfsarbeiten, M 10; Der Stellmacher, M 14,—; Rob. Bauhilfsarbeiten, M 18,—; Holztreppenbau, M 10,50; Die Weber, M 6,—; Die Schlichterei, M 12,50; Die Wigogne-Streichgarnspinnerei, M 8,60; Der Jugendruder, M 6,—; Die Baumwolle, M 6,—; Der Steinmetz, M 8,60; Der Stukateur und Gipser, M 14,—; Der Kunststein, M 10,—; Die Ziegel- und Granitplatten, Terrazzo- und Terrazzoarbeiten, M 7,20; Mosaik- und Granitplatten, M 6,—; Die Kiese- und Kiebstoffe, M 7,25; Die Seifenfabrikation, M 12,—; Weinreinigung und Kulturwirtschaft, M 10,50; Die Obst- und Beerenzucht, M 5,30; Rosenzucht, M 7,25. — Direkt gegen Rechnung zu beziehen durch L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin SW. 111, Dresdener Straße 50. 180

Seit gelächelten **Schnupftabak** offe-
ganz rein. garantiert.
Julius Gosda, Rogtatabakgroßhandlung
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priester-gasse 5. Fernspr. 2428

Billiger Damenputz

Verkauf auf Extratischen im ersten Stock.
Mengenabgabe vorbehalten. Nicht an Wiederverkäufer.

- Gruppe I **Garnierte Sporthüte** aus groben Lackgeflechten, mit kleidsamen hohen Köpfen **7,50**
- Kleine Frauenformen** aus Strohgflechten . . jeder Hut
- Gruppe II **Grosse Jugendl. Sporthüte** mit eingeknickten hoh. Köpf. und Ripsbandgarn. aus starken Strohgflechten . . jeder Hut **9,75**
- Flotte kleine u. gr. Formen**
- Gruppe III **Weisse Sporthüte** mit glatter Ripsbandschleife, in verschiedenen Formen **12,50**
- Jugendl. Glockenformen** in vielen Farben jeder Hut
- Gruppe IV **Elegante Sporthüte** aus gepressten Strohgflechten, mit festen Ripsbandgarnituren **15,50**
- Schicke kl. Bortenhüte** mit Bandschleifen . jeder Hut
- Gruppe V **Handgenähte jugendliche Bortenhüte** mit falligen Köpfen und reichen Bandschleifengarnituren, in viel. Farb. handgenäht, mit gestecktem Kopf, reich garn. jeder Hut **19,75**
- Frauenhüte**
- Gruppe VI **Grosse vornehme Hüte** aus Borten und Seiden, mit Bandgarnituren **25,00**
- Reizende jugendliche Tagahüten** kleidsam und schick
- Sehr elegante Bortenhüte** mit hohen Köpfen und gestickt. Bandgarn. in verschied. Ausfüh. jeder Hut

Eine Anzahl **eleganter Modellhüte** zu besonders niedrigen Preisen.

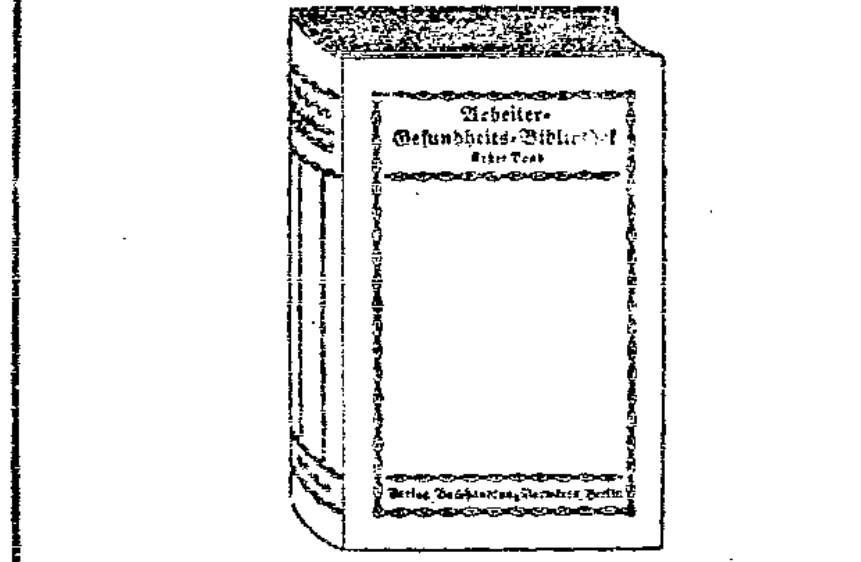
Blumenranken, Blumentafel zum Ausschauen . Stück 1,45, 95, 75, 45

Billige Modewaren!

- Tellerkrag. u. Ecken** Glasbatist m. Stick, Stück **10,-**
- Kragen** aus Glasbatist, runde und eckige Form Stück **45,-**
- Kragen** aus Spachtel und Batist, schwarz und weiss . Stück **75,-**
- Kragen** aus Tüll und Spachtel, bunt und creme Stück **95,-**
- Kragen** aus Spachtel, weiss u. bunt Stück **1,75, 1,50**
- Schleier** weiss und bunt, Gitter und Tupfen, Stück **1,25, 1,00, 65,-**
- Kragen** aus Glasbatist mit Filetstickerei Stück **2,25, 1,50**
- Kragen** eleg. Formen, a. Glasbatist m. Filet-Motive, St. **3,50, 2,50**
- Valenciennes-Stoffe** doppelhr. Seide für Blusen u. Ueberkleider, Met. **17,50, 14,00**
- Seidentülle** 100 cm breit, viele mod. Farben . Meter **7,50**
- Tülle** goldgestickt, zum Unterlegen für Blusen Meter **5,50**
- Echt Brüsseler Jabots** Handarbeit Stück **2,75**

Gebrüder **Freymann** G.m.b.H.

Ein Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!



Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch enthält viele Abbildungen und ein zerlegbares Modell des menschlichen Körpers.

Behandelt werden folgende Gebiete:
Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschbach. — Der Nachtsonnabend. Von Dr. Jadel. — Alkoholfrage und Arbeiterkaffee. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Gajek. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterkaffee. Von Dr. R. Epstein. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. C. Schilling. — Das Wasserleitungsverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Seilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Martuse. — Zahn- und Zahnpflege. Von Gertrud Kemald. — Bau und Lebens-tätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Die Geschlechtskrankheiten. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von J. Rauber-Wannheim. — Die Proletarierkinder. Von Dr. J. Jadel.

Preis geunden 6 Mark.

Verkauf: Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse 32.